

REGIERUNG DER DEUTSCHSPRACHIGEN GEMEINSCHAFT

DIE REGIERUNG DER DEUTSCHSPRACHIGEN GEMEINSCHAFT,

Auf Vorschlag des für das Unterrichtswesen zuständigen Ministers,

Nach Beratung,

Beschließt:

Der für das Unterrichtswesen zuständige Minister wird damit beauftragt, dem Parlament der Deutschsprachigen Gemeinschaft den Dekretvorentwurf mit folgendem Wortlaut vorzulegen:

**DEKRETVORENTWURF ZUR ABÄNDERUNG DES DEKRETS VOM 31. MÄRZ 2014 ÜBER
DAS ZENTRUM FÜR DIE GESUNDE ENTWICKLUNG VON KINDERN UND JUGENDLICHEN**

INHALTSANGABE

Dieser Dekretvorentwurf ändert das Dekret vom 31. März 2014 über das Zentrum für die gesunde Entwicklung von Kindern und Jugendlichen im Hinblick auf Konformität mit der Datenschutz-Grundverordnung ab.

INHALTSVERZEICHNIS

	Seite
Begründung	4
Allgemeine Erläuterungen	4
Kommentar zu den Artikeln	7
Vorentwurf	11

BEGRÜNDUNG

ALLGEMEINE ERLÄUTERUNGEN

Vorliegender Dekretvorentwurf wurde bereits im Rahmen des Dekretvorentwurfs über Maßnahmen im Unterrichtswesen und in der Ausbildung 2025 von der Datenschutzbehörde (Gutachten 24/2025 vom 10. April 2025) und vom Staatsrat (Gutachten 77.567/2 vom 16. April 2025) begutachtet. Infolge der Bemerkungen der jeweiligen Begutachtungsinstanzen wurde der Vorentwurf sowohl inhaltlich als auch formal überarbeitet. Aufgrund dessen werden die Datenschutzbehörde und der Staatsrat, um ein erneutes Gutachten gebeten, so wie es auch der Staatsrat in seinem Gutachten vom 16. April 2025 vorschreibt.

Kaleido Ostbelgien, das Zentrum für die gesunde Entwicklung von Kindern und Jugendlichen, ist seit seiner Gründung im Jahr 2014 in besonderem Maße für den Schutz sensibler Daten verantwortlich. Bereits im ursprünglichen Gründungsdekret vom 31. März 2014 wurden Datenschutzregelungen festgelegt, um die Verarbeitung und den Schutz von Gesundheits- und Entwicklungsdaten der betreuten Kinder und Jugendlichen sicherzustellen.

Mit der Einführung der Europäischen Datenschutz-Grundverordnung (DSGVO) am 25. Mai 2018 wurden die datenschutzrechtlichen Anforderungen in der gesamten EU umfassend verschärft und vereinheitlicht. Die DSGVO hat verbindliche Standards für den Umgang mit personenbezogenen Daten festgelegt, die in nationales Recht umgesetzt werden müssen. Das vorliegende Gesetzesvorhaben dient der Anpassung des Kaleido-Dekretes an die Vorgaben der DSGVO, um sicherzustellen, dass die Datenschutzstandards bei Kaleido dem aktuellen rechtlichen Rahmen entsprechen.

Die wichtigsten Prinzipien der DSGVO umfassen:

- Rechtmäßigkeit, Transparenz und Fairness bei der Datenverarbeitung,
- Zweckbindung der Datenverarbeitung an legitime, im Vorfeld definierte Zwecke,
- Datenminimierung, also die Beschränkung auf das notwendige Maß an Daten,
- Richtigkeit der verarbeiteten Daten und deren regelmäßige Aktualisierung,
- Speicherbegrenzung, was bedeutet, dass personenbezogene Daten nur so lange gespeichert werden, wie es für den Zweck erforderlich ist,
- Integrität und Vertraulichkeit, um durch technische und organisatorische Maßnahmen die Sicherheit der Daten zu gewährleisten.

Diese Grundsätze finden durch die vorliegende Anpassung des Dekrets Anwendung. Besonders in einer Einrichtung wie Kaleido, die über zahlreiche sensible Gesundheitsdaten verfügt, ist es von höchster Bedeutung, dass die Bürger, die freiwillig mit Kaleido zusammenarbeiten, darauf vertrauen können, dass ihre Daten umfassend geschützt sind. Ein Datenverlust oder -missbrauch könnte das Vertrauen in die Einrichtung erheblich schädigen und die Zusammenarbeit gefährden. Die Dekretanpassung stellt sicher, dass Kaleido den höchsten Standards des Datenschutzes gerecht wird und den gesetzlichen Vorgaben entspricht.

Wenn wesentliche Aspekte, die mit dem Verhalten eines Kindes zu tun haben, nicht festgehalten werden dürfen, so ist die interne Übernahme einer Akte oder eine interne Zusammenarbeit nicht effizient möglich.

Der Hauptzweck ist die Gewährleistung einer bestmöglichen Begleitung in Übereinstimmung mit dem Auftrag von Kaleido, der im Dekret weitestgehend konkretisiert wurde, um eine transparente Datenverarbeitung zu gewährleisten.

Neben zahlreichen kleineren Ergänzungen und Korrekturen, schlägt die Regierung auch wesentliche Anpassungen vor.

So schlägt die Regierung vor, das Zentrum im Rahmen der Präventionsarbeit zu berechtigen, Kinder und Jugendlichen einzeln anzusprechen. Die Präventionsarbeit betrifft eine unterstützende Maßnahme, die das Zentrum derzeit den Schulen und dem ZAWM anbietet. Bislang hatte das Zentrum jedoch keine juristische Handhabe. Bis auf die Bereiche ansteckende Krankheiten und Untersuchungen beruht alles auf Freiwilligkeit. Für alles, was klassenbezogen ist, sollte die Begleitung des Kindes durch Kaleido jedoch ohne Einverständnis der Eltern stattfinden können. Zudem sieht Erwägungsgrund 38 DSGVO vor, dass *«die Einwilligung des Trägers der elterlichen Verantwortung im Zusammenhang mit Präventions- und Beratungsdiensten, die unmittelbar einem Kind angeboten werden, nicht erforderlich sein sollte»*.

Weiterhin soll dekretal verankert werden, dass Kaleido die Impfdaten, die in der integrierten Begleitakte aufgeführt werden, legitim in die Impfdatenbank übertragen darf.

Darüber hinaus schlägt die Regierung vor, die Kategorien personenbezogener Daten, die Kaleido im Rahmen seiner gesetzlichen Aufgaben verarbeiten darf, ausdrücklich im Dekret festzulegen. Darunter fallen auch besondere Kategorien personenbezogener Daten im Sinne von Artikel 9 der Datenschutz-Grundverordnung (DSGVO), da diese in bestimmten Fällen für die psychosoziale Begleitung von Kindern und Jugendlichen unerlässlich sein können.

Die Verarbeitung besonderer Kategorien personenbezogener Daten durch Kaleido ist gemäß Artikel 9 Absatz 2 Buchstabe g der DSGVO zulässig, wenn sie aus Gründen eines erheblichen öffentlichen Interesses auf der Grundlage des Unionsrechts oder des Rechts eines Mitgliedstaats erforderlich ist. Die gesetzlich verankerten Aufgaben Kaleidos verfolgen legitime und im öffentlichen Interesse liegende Ziele, insbesondere:

- die Förderung der körperlichen und psychischen Gesundheit von Kindern und Jugendlichen,
- die Förderung der Voraussetzungen von Kindern und Jugendlichen als Teil eines entwicklungs-unterstützenden Netzwerks von Familie, Freunden, Nachbarn und Gemeinde
- die Förderung der Voraussetzungen von Kindern und Jugendlichen, einen positiven gesellschaftlichen Beitrag zu leisten. Dazu gehört insbesondere die Vorbeugung von gewaltbareitem Radikalismus.

Ein adäquates Verständnis der Lebenssituation eines Kindes oder Jugendlichen erfordert in bestimmten Fällen die Berücksichtigung sensibler Informationen, die häufig den Kern der Problematik betreffen. Eine präzise dekretale Grundlage für die Verarbeitung dieser Daten ist daher erforderlich, um Rechtssicherheit für die Betroffenen und für Kaleido selbst zu schaffen.

Folgende Kategorien besonderer Daten können verarbeitet werden, sofern sie im Rahmen der konkreten Fallbearbeitung erforderlich sind, und erfordern nähere Erläuterungen:

- Daten zur politischen Meinung: bei Jugendlichen, deren politische Überzeugungen im Zusammenhang mit Radikalisierung oder gewaltbareitem Verhalten stehen, zum Beispiel Beitrittswunsch zu einer extremistischen Gruppierung und daraus resultierende Aggression gegenüber Andersdenkenden.
- Daten zur kulturellen oder ethnischen Herkunft: bei psychosozialen Problemen, die auf kulturell geprägten Rollenbildern oder familiären Normen beruhen, zum Beispiel

internalisierter Druck in Bezug auf Homosexualität mit daraus resultierender psychischer Belastung.

- Daten zur Religion oder Weltanschauung: wenn religiös begründete Einstellungen zu anderen Weltanschauungen oder zu bestimmten Verhaltensweisen in der Schule zu Konflikten führen, zum Beispiel wiederholte Diskriminierung aufgrund religiöser Überzeugungen.
- Daten zu mutmaßlichen Straftaten: im Rahmen freiwilliger Mitteilungen durch die Jugendlichen während der Begleitung, zum Beispiel Konsum illegaler Substanzen.
- Daten zur sexuellen Orientierung bei Kindern und Jugendlichen: wenn geschlechtliche Identität oder sexuelle Orientierung eine zentrale Rolle für das emotionale Wohlbefinden spielt, zum Beispiel Selbstverletzung und Aggression aufgrund geschlechtlicher Dysphorie.
- Daten zu Ermittlungen und Gerichtsverfahren: Informationen, die Kaleido im Rahmen gerichtlicher Beauftragungen, durch externe Gutachten oder durch Mitteilungen der Betroffenen selbst erhält, zum Beispiel die Inhaftierung eines nahen Angehörigen mit erheblicher psychischer Belastung des Jugendlichen.

Die Verarbeitung dieser Daten erfolgt ausschließlich, wenn sie für die konkrete Fragestellung im Rahmen der Begleitung notwendig ist. Daten, die nicht im direkten Zusammenhang mit dem Beratungsanlass stehen, werden nicht verarbeitet.

Zusätzlich unterliegt die Verarbeitung strengen Schutzmaßnahmen entsprechend Artikel 9 Absatz 2 Buchstabe g der DSGVO und dem Prinzip der Verhältnismäßigkeit. Dazu zählen unter anderem:

- Eingeschränkte Zugriffsrechte: Zugriff ausschließlich für Fachkräfte, die dem Berufsgeheimnis bzw. der beruflichen Verschwiegenheitspflicht unterliegen.
- Zweckbindung und Datenminimierung: Verarbeitung nur derjenigen Informationen, die für eine bedarfsgerechte Beratung oder Intervention zwingend erforderlich sind.
- Dokumentierte Abwägung: Vor jeder Verarbeitung sensibler Daten erfolgt eine Einzelfallprüfung hinsichtlich Erforderlichkeit und Verhältnismäßigkeit.

Die Regierung schlägt ebenfalls vor, einen regelmäßigen und sicheren Austausch von personenbezogenen Daten zwischen der Regierung, den Gemeinden, dem ZAWM, dem ZFP, den Schulen und dem Zentrum dekrétal zu verankern, um dessen Aufgaben zu erfüllen. Die monatliche Übermittlung von Identitäts- und Kontaktinformationen sowie von Daten über Neugeborene und zugezogene Kinder stellt sicher, dass das Zentrum frühzeitig mit den betroffenen Familien in Kontakt treten kann, um die notwendige Unterstützung und Begleitung zu gewährleisten.

Die zusätzlichen Bestimmungen zur Übermittlung von Schülerlisten durch die Schulen und Kindergärten dienen dazu, eine aktuelle und umfassende integrierte Begleitakte zu erstellen und zu pflegen. Dies ist notwendig, um sowohl die Organisation von Schuluntersuchungen als auch die Gesundheitsüberwachung, etwa bei ansteckenden Krankheiten, sicherzustellen. Die Einbindung der Nationalregisternummer oder einer gleichwertigen Identifikationsnummer sorgt für eine eindeutige Identifizierung und erleichtert die Verarbeitung der Daten.

Die Verarbeitungszwecke jeder Datenkategorie werden ebenfalls festgelegt. Für jede aufgeführte Datenkategorie, wird verwiesen auf die relevanten Artikel, in den der entsprechende Zweck aufgeführt wird.

Die Regierung schlägt weiterhin vor, im Dekret vorzusehen, dass Kaleido auf die verarbeiteten Daten zur Erstellung von Analysen und Statistiken zurückgreifen darf, um den wachsenden Bedarf an datengestützten Analysen und Statistiken Rechnung zu tragen.

Die Erstellung und Analysen von Statistiken dient der kommunalen Entwicklungsförderung, der Beratung der Regierung und der Gemeinden, der Erstellung von Expertisen und der strategischen Planung und dem Qualitätsmanagement.

Es wird auch festgelegt, wie lange personenbezogene Daten aufbewahrt werden dürfen, um den Anforderungen der Datenschutz-Grundverordnung gerecht zu werden. Die unterschiedlichen Fristen berücksichtigen die spezifischen Zwecke der Datenverarbeitung und gewährleisten, dass personenbezogene Daten nicht länger als notwendig gespeichert werden. Gleichzeitig tragen die Regelungen dazu bei, dass die Datenverarbeitung den gesetzlichen und beruflichen Anforderungen, wie zum Beispiel im Bereich der Gesundheitsversorgung, entspricht. Die klare Festlegung von Aufbewahrungsfristen dient nicht nur dem Datenschutz, sondern auch der Rechtssicherheit für alle beteiligten Akteure.

Die Bereitstellung der Daten erfolgt unter Beachtung der datenschutzrechtlichen Vorgaben, insbesondere durch die Implementierung geeigneter Sicherheitsmaßnahmen. Dadurch wird sichergestellt, dass die Daten nur von befugten Personen eingesehen werden und der Grundsatz der Datenminimierung gewahrt bleibt.

KOMMENTAR ZU DEN ARTIKELN

Artikel 1 erweitert den Anwendungsbereich des Dekrets vom 31. März 2014 über das Zentrum für die gesunde Entwicklung von Kindern und Jugendlichen auf die Personen, die vom dekretalen Auftrag betroffen sind. Unter dem Begriff „Schulen“ ist ebenfalls das ZFP zu verstehen ist. Daher wird das ZFP nicht explizit in den Anwendungsbereich aufgenommen.

Artikel 2 fügt die Definitionen der Begriffe „ZFP“, „Klienten“, „Datenschutz-Grundverordnung“ und „Begleitakte“ in Artikel 1.4 desselben Dekrets vom 31. März 2014 hinzu.

Artikel 3 betrifft eine Präzisierung des Artikels 3.1 desselben Dekrets vom 31. März 2014 im Rahmen der Datenschutz-Grundverordnung im Hinblick auf die von der Zielsetzung des Zentrums betroffenen Personen.

Artikel 4 betrifft eine Präzisierung des Artikels 3.2 desselben Dekrets vom 31. März 2014 im Rahmen der Datenschutz-Grundverordnung im Hinblick auf die erfassten Daten.

Artikel 5 berechtigt das Zentrum dazu, im Rahmen der Präventionsarbeit, die es zur Unterstützung der Schulen und ZAWM anbietet, Kinder und Jugendliche einzeln anzusprechen.

Darüber hinaus wird festgelegt, dass sich Schüler und Erziehungsberechtigte bestimmten Maßnahmen nicht widersetzen dürfen.

Artikel 6 streicht die Notwendigkeit eines schriftlichen Vertrags zwischen dem Schulträger oder dem IAWM und dem Zentrum, falls der Schulträger oder das IAWM kein Zusammenarbeitsabkommen mit einem anderem PMS abgeschlossen hat. In diesem Fall wird die Intervention vom Zentrum verpflichtend.

Artikel 7 verdeutlicht, dass auch Kinder als Klienten von den in Artikel 3.7 desselben Dekrets vom 31. März 2014 festgelegten Rechten und Pflichten betroffen sind.

Artikel 8 fügt die freiwilligen zahnärztlichen Vorsorgeuntersuchungen als schulärztliche Untersuchung hinzu.

Artikel 9 hebt Artikel 3.16 desselben Dekrets vom 31. März 2014 auf, mit dem Ziel, den Inhalt dieses Artikels unter Titel 4 - INTEGRIERTE BEGLEITAKTE DES KINDES ODER JUGENDLICHEN, VERTRAULICHKEIT UND DATENSCHUTZ aufzuführen (Artikel 4.8).

Artikel 10 ändert die Überschrift des Artikels 3.18 desselben Dekrets vom 31. März 2014 und streicht die Bestimmung, dass, in Ermangelung einer ausdrücklichen Verweigerung der Untersuchung, das Einverständnis der Erziehungsberechtigten des Schülers als erteilt gilt.

Artikel 11 verdeutlicht, dass ein untersuchender Arzt unter der Verantwortung des Zentrums arbeitet.

Artikel 12 verankert die Registrierung der vom Zentrum gesammelten Impfungsdaten in die Impfdatenbank dekretal. Die Deutschsprachige Gemeinschaft baut keine eigene Impfdatenbank auf, sondern beabsichtigt, zu diesem Zweck mit der Französischen Gemeinschaft zusammenzuarbeiten. Die dafür erforderlichen Rechtsgrundlagen werden selbstverständlich sowohl der Datenschutzbehörde als auch dem Staatsrat zur Prüfung vorgelegt.

Artikel 13 korrigiert Titel 4 im Hinblick auf die Korrekturen und Ergänzungen der Artikel 4.1 bis 4.13 desselben Dekretes.

Artikel 14 präzisiert den Inhalt und die Aufbewahrungsdauer der Begleitakte.

Artikel 15 korrigiert in Artikel 4.2 desselben Dekrets vom 31. März 2014 einen Verweis, um die Konformität mit der Datenschutz-Grundverordnung sicherzustellen, und fügt zur Präzisierung zwei zusätzliche Verweise hinzu.

Artikel 16 bestimmt, dass minderjährigen Kinder oder Jugendlichen, sofern sie über das erforderliche Urteilsvermögen besitzen, sowie die volljährigen Jugendlichen ein Recht auf Einsicht in ihre integrierte Begleitakte haben. Die Akteneinsicht erfolgt im Zentrum, außer in begründeten Ausnahmefällen wie einem langfristigen Auslandsaufenthalt oder einer Inhaftierung.

Artikel 17, 18, 19 und 20 korrigieren im Hinblick auf Konformität mit der Datenschutz-Grundverordnung die Bestimmungen bezüglich der Vertraulichkeit der verarbeiteten Daten, der Verantwortung für die Datenverarbeitung und der Verarbeitung der Daten zur Gesundheit.

Darüber hinaus wird festgelegt, dass sämtliche Personalmitglieder des Zentrums ohne Ausnahme dem Berufsgeheimnis unterliegen. Ein Verstoß gegen diese Verpflichtung stellt eine strafbare Handlung dar und kann strafrechtlich verfolgt werden.

Artikel 21 fügt eine detaillierte Auflistung aller Datenkategorien hinzu, die vom Zentrum verarbeitet werden.

Kategorien besonderer personenbezogener Daten im Sinne der Datenschutz-Grundverordnung dürfen nur verarbeitet werden, wenn sie für die konkrete Fragestellung im Rahmen der Begleitung zwingend erforderlich sind. Die Verarbeitung unterliegt zudem strengen Schutzmaßnahmen. Aus diesem Grund verankert Artikel 21, dass vor jeder Verarbeitung sensibler Daten eine Einzelfallprüfung hinsichtlich Erforderlichkeit und Verhältnismäßigkeit erfolgen muss.

Artikel 22 verankert einen regelmäßigen und sicheren Austausch von personenbezogenen Daten zwischen der Regierung, den Gemeinden, dem ZAWM, dem ZFP, den Schulen und dem Zentrum, um das Zentrum bei der Erfüllung seines Auftrags frühestmöglich zu unterstützen und damit die Aktualität der Schul- und Kontaktdaten aller Kinder, Jugendlichen und Erziehungsberechtigten im Hinblick auf die Organisation der Schuluntersuchungen gewährleistet werden kann.

Die monatliche Übermittlung von Identitäts- und Kontaktinformationen sowie von Daten über Neugeborene und zugezogene Kinder stellt sicher, dass das Zentrum frühzeitig mit den betroffenen Familien in Kontakt treten kann, um die notwendige Unterstützung und Begleitung zu gewährleisten. Die frühestmögliche Kontaktaufnahme ist notwendig, um im Hinblick auf die Erfüllung des Auftrags vom Zentrum vor allem bei problematischen Situationen schnellstmöglich Unterstützung anbieten zu können. Der Erhalt der Daten durch die Gemeinden erhöht die Zahl der frühestmöglichen Kontaktaufnahmen und würde bei Lieferung der Nationalregisternummer zusätzlich die eindeutige Identifizierung der Klienten gewährleisten. Die Nationalregisternummer ermöglicht außerdem die korrekte Zusammenführung mit den entsprechenden Schülerdaten und verringert somit potenzielle Fehlerquellen. Sollte eine Begleitung durch das Zentrum nicht erwünscht sein, so würde dies festgehalten und die Akte erst bei Schuleintritt im Rahmen der verpflichtenden Schuluntersuchungen aktiviert.

Die zusätzlichen Bestimmungen zur Übermittlung von Schülerlisten durch die Schulen und Kindergärten dienen dazu, eine aktuelle und umfassende integrierte Begleitakte zu erstellen und zu pflegen. Dies ist notwendig, um sowohl die Organisation von Schuluntersuchungen als auch die Gesundheitsüberwachung, etwa bei ansteckenden Krankheiten, sicherzustellen. Die Einbindung der Nationalregisternummer oder einer gleichwertigen Identifikationsnummer sorgt für eine eindeutige Identifizierung und erleichtert die Verarbeitung der Daten.

Zur Gewährleistung eines sicheren Datenaustauschs trifft das Zentrum angemessene technische und organisatorische Schutzmaßnahmen.

Artikel 23 legt die Verarbeitungszwecke der vom Zentrum verarbeiteten personenbezogenen Daten fest.

Artikel 24 präzisiert zu welchen Zwecken die Daten für die Erstellung von Analysen und Statistiken genutzt werden.

Artikel 25 legt fest, in welchen Fällen die personenbezogenen Daten an Dritte übermittelt werden können.

Artikel 26 legt pro Datenkategorie die Aufbewahrungsdauer der entsprechenden Daten fest.

Artikel 27 legt konkrete Sicherheitsmaßnahmen fest, die das Zentrum bei der Verarbeitung der Daten umsetzen muss.

Artikel 28 präzisiert die evidenzbasierte Arbeitsweise des Zentrums, in dem Kooperationen mit Forschungseinrichtungen, zum Beispiel im Rahmen von Pilotprojekten, explizit hinzugefügt werden.

Artikel 29 fügt Umfragen als Instrument zur Qualitätskontrolle hinzu.

Artikel 30 sieht das Inkrafttreten des Dekrets am Tag der Verabschiedung vor.

Der Minister für Unterricht, Ausbildung und Beschäftigung

**Jérôme
Franssen**

J. FRANSSEN

 Digital unterschrieben
von Jérôme Franssen
Datum: 2025.10.28
14:49:10 +01'00'

VORENTWURF

Dekretvorentwurf zur Abänderung des Dekrets vom 31. März 2014 über das Zentrum für die gesunde Entwicklung von Kindern und Jugendlichen

Artikel 1 – In Artikel 1.1 Absatz 2 des Dekrets vom 31. März 2014 über das Zentrum für die gesunde Entwicklung von Kindern und Jugendlichen wird das Wort „sowie“ durch ein Komma ersetzt und nach der Wortfolge „ungeachtet ihres Alters“ die Wortfolge „, sowie auf Erziehungsberechtigte und Personalmitglieder der Schulen und ZAWM“ eingefügt.

Art. 2 – Artikel 1.4 desselben Dekrets wird wie folgt abgeändert:

1. Folgende Nummer 1 wird eingefügt:
„1. Integrierte Begleitakte: die durch das Zentrum über Kinder und Jugendliche geführte Akte, in der alle für die Begleitung der Kinder und Jugendlichen relevanten Informationen abgespeichert werden gemäß Artikel 4.7 Absatz 1 Nummern 1-7;“
2. Folgende Nummer 1.1 wird eingefügt:
„1.1. Datenschutz-Grundverordnung: die Verordnung (EU) 2016/679 des Europäischen Parlaments und des Rates vom 27. April 2016 zum Schutz natürlicher Personen bei der Verarbeitung personenbezogener Daten, zum freien Datenverkehr und zur Aufhebung der Richtlinie 95/46/EG (Datenschutz-Grundverordnung);“
3. Nummer 1 wird zu Nummer 1.2.
4. Folgende Nummer 5.1 wird eingefügt:
„5.1. Klienten: Kinder und Jugendliche, schwangere Frauen, Personalmitglieder der Schulen und ZAWM und Erziehungsberechtigte, die durch das Zentrum begleitet werden;“
5. In Nummer 17 wird der Punkt am Ende des Satzes durch ein Semikolon ersetzt.
6. Folgende Nummer 18 wird eingefügt:
„18. ZFP: Zentrum für Förderpädagogik.“

Art. 3 – Artikel 3.1 desselben Dekrets wird wie folgt abgeändert:

1. In Nummer 1 wird nach der Wortfolge „einschließlich Schwangerschaftsberatung“, die Wortfolge „Unterstützung von Schwangeren in prekären Situationen, Begleitung und Orientierung von Erziehungsberechtigten und Familien sowie Personalmitgliedern der Schulen und ZAWM,“ eingefügt.
2. In Nummer 7 wird der Punkt am Ende des Satzes durch ein Komma ersetzt.
3. Folgende Nummer 8 wird eingefügt:
„8. Die Vorbeugung von gewaltbereitem Radikalismus.“

Art. 4 – In Artikel 3.2 Absatz 1 desselben Dekrets wird der Satz „Relevante Feststellungen im Rahmen von Präventionsmaßnahmen können für gezielte Beratungsgespräche sowie statistische Auswertungen genutzt werden.“ eingefügt.

Art. 5 – In Artikel 3.4 desselben Dekrets, abgeändert durch die Dekrete vom 20. Juni 2016, 28. März 2022 und 26. Juni 2023, werden zwischen Absatz 1 und Absatz 2, der zu Absatz 5 wird, folgende Absätze eingefügt:

„Im Rahmen der Präventionsarbeit ist das Zentrum in Einzelsituationen berechtigt, Kinder und Jugendliche einzeln anzusprechen. Auffälligkeiten aus Beobachtung und Animation von Gruppen und Klassen dürfen erfasst werden.“

Das Zentrum darf die individuelle Schülerberatung nur fortsetzen, wenn der Schüler, der das erforderliche Urteilsvermögen besitzt, oder die Erziehungsberechtigten des Schülers, der nicht das erforderliche Urteilsvermögen besitzt, damit einverstanden sind.

Schüler und Erziehungsberechtigte dürfen sich nicht widersetzen gegen:

1. die verpflichtenden schulärztlichen Untersuchungen unter Vorbehalt von Artikel 3.18 §2,
2. Maßnahmen im Falle ansteckender Krankheiten,
3. die klassenbezogene Begleitung durch das Zentrum,
4. die Ansprache in Einzelsituationen im Rahmen der Präventionsarbeit.“

Art. 6 – Artikel 3.5 Absatz 3 desselben Dekrets wird wie folgt ersetzt:

„Hat ein Schulträger oder das IAWM für seine Schulen und ZAWM kein Zusammenarbeitsabkommen mit einem anderen Psycho-Medizinisch-Sozialen Zentrum geschlossen, ist er verpflichtet, mit dem Zentrum zusammen zu arbeiten gemäß den Bedingungen des vorliegenden Dekrets.“

Art. 7 – Artikel 3.7 desselben Dekrets wird wie folgt abgeändert:

1. In §2 Absatz 2 wird nach der Wortfolge „die Erziehungsberechtigten,“ das Wort „Kinder,“ eingefügt.
2. In §3 Absatz 1 wird nach der Wortfolge „bei denen Fragen der Betreuung der“ die Wortfolge „Kinder und “ eingefügt.
3. In §5 Absatz 1 wird nach der Wortfolge „die in der Einrichtung eingeschriebenen“ die Wortfolge „Kinder und“ eingefügt und nach der Wortfolge „Anrecht auf relevante Informationen über die“ die Wortfolge „Kinder und“ eingefügt.

Art. 8 – Artikel 3.15 §1 Absatz 1 desselben Dekrets, abgeändert durch das Dekret vom 22. Juni 2020, wird wie folgt abgeändert:

1. In Nummer 3 wird der Punkt am Ende des Satzes durch ein Semikolon ersetzt.
2. Folgende Nummer 4 wird eingefügt:
„4. freiwillige zahnärztliche Vorsorgeuntersuchungen für alle Kinder des 2. Kindergartenjahres sowie für Kinder, bei denen im Rahmen einer schulärztlichen Untersuchung dentale Auffälligkeiten festgestellt werden bzw. festgestellt wird, dass sie noch nie bei einer zahnärztlichen Vorsorgeuntersuchung waren.“

Art. 9 – Artikel 3.16 desselben Dekrets wird aufgehoben.

Art. 10 – Artikel 3.18 desselben Dekrets, abgeändert durch das Dekret vom 26. Juni 2023, wird wie folgt abgeändert:

1. In der Überschrift wird das Wort „Einverständnis“ durch das Wort „Verweigerung“ ersetzt.
2. §1 wird aufgehoben.

Art. 11 – Artikel 3.19 desselben Dekrets, abgeändert durch das Dekret vom 26. Juni 2023, wird wie folgt abgeändert:

1. In §1 Absatz 1 wird das Wort „Arzt“ durch die Wortfolge „Arzt des Zentrums“ ersetzt.
2. In §1 Absatz 2 wird das Wort „Arzt“ durch die Wortfolge „Arzt des Zentrums“ ersetzt.
3. In §1 Absatz 3 wird das Wort „Arzt“ durch die Wortfolge „Arzt des Zentrums“ ersetzt.
4. In §2 Absatz 1 wird das Wort „Arzt“ durch die Wortfolge „Arzt des Zentrums“ ersetzt.
5. In §2 Absatz 2 Nummer 2 wird das Wort „Arzt“ durch die Wortfolge „Arzt des Zentrums“ ersetzt.
6. In §2 Absatz 2 Nummer 3 wird das Wort „Arztes“ durch die Wortfolge „Arztes des Zentrums“ ersetzt.

Art. 12 – Artikel 3.20 §2 desselben Dekrets wird wie folgt abgeändert:

1. Nach der Wortfolge „gemäß Titel 4 Untertitel 1 angeführt“ wird die Wortfolge „und entsprechend den anwendbaren gesetzlichen Bestimmungen in einer Impfdatenbank erfasst.“ eingefügt.

2. Folgender Absatz 2 wird eingefügt:

„Die Registrierung der Impfdaten in der Impfdatenbank wird durch das Zentrum vorgenommen, sofern die Erziehungsberechtigten dies nicht schriftlich verweigern. Die Verweigerung hat keinerlei Einfluss auf die medizinischen Untersuchungen und die Verabreichung der Impfungen.“

Art 13- Die Überschrift von Titel 4 desselben Dekrets wird wie folgt ersetzt:

„TITEL 4 - INTEGRIERTE BEGLEITAKTE DES KINDES ODER JUGENDLICHEN, VERTRAULICHKEIT UND DATENSCHUTZ“

Art. 14 – Artikel 4.1 Absätze 2-4 desselben Dekrets, abgeändert durch das Dekret vom 26. Juni 2023, werden durch folgenden Absatz ersetzt:

„Die Begleitakte enthält die in Artikel 4.7 Absatz 1 Nummern 1-7 angeführten Daten. Sie wird zum Zeitpunkt der Volljährigkeit des Kindes oder des Jugendlichen oder zum Ende seiner Begleitung, sofern diese über die Volljährigkeit des Kindes oder Jugendlichen hinausgeht, geschlossen und daraufhin bis zum Ablauf der in Artikel 4.12 angeführten Frist archiviert.“

Art. 15 – Artikel 4.2 desselben Dekrets wird wie folgt ersetzt:

„Art. 4.2 – Zusammenarbeit

Unbeschadet der in Titel 4 Untertitel 2 angeführten Bestimmungen sind die in Ausführung des vorliegenden Dekrets mit der Bearbeitung einer Begleitakte beauftragten Beschäftigten des Zentrums dazu verpflichtet, mit den Personen zusammenzuarbeiten, die ebenfalls im Rahmen einer Begleitarbeit im Interesse des Kindes oder Jugendlichen tätig sind gemäß Artikel 3.2 Absatz 6. Sie werden insbesondere über die bereits unternommenen Maßnahmen unterrichtet.

Bei der Zusammenarbeit werden die Befugnis- und Aufgabenverteilung sowie die in Artikel 4.9 vorgesehenen Vorgaben beachtet.“

Art. 16 – Artikel 4.3 desselben Dekrets wird wie folgt abgeändert:

1. In der Überschrift wird das Wort „Einsicht“ durch die Wortfolge „Einsicht und Auskunft“ ersetzt.

2. In §1 Absatz 1 wird folgender Satz eingefügt: „Außer in begründeten Ausnahmefällen erfolgt die Akteneinsicht im Zentrum.“

3. In §2 Absatz 1 wird das Wort „Benachrichtigung“ durch die Wortfolge „Benachrichtigung und nach Einverständnis“ ersetzt.

4. In §3 Absatz 4 wird die Wortfolge „Sie haben ein Recht“ durch die Wortfolge „Sie haben nach Akteneinsicht ein Recht“ ersetzt.

5. §4 wird wie folgt ersetzt:

„§4 – Unbeschadet der in den Paragraphen 1 bis 3 festgelegten Bestimmungen haben die in Artikel 4.7 angeführten Personen ein Recht auf Auskunft in Bezug auf die über sie verarbeiteten personenbezogenen Daten.“

Art. 17 – Die Überschrift von Titel 4 Untertitel 2 desselben Dekrets wird wie folgt ersetzt: „Untertitel 2 – Vertraulichkeit und Datenschutz“

Art. 18 – Artikel 4.4 desselben Dekrets wird wie folgt ersetzt:

„Art. 4.4 – Vertraulichkeit

Die Personalmitglieder des Zentrums unterliegen dem Berufsgeheimnis.

Unbeschadet anderslautender gesetzlicher oder dekretaler Bestimmungen sind ~~alle~~ anderen Personen, die an der Ausführung des vorliegenden Dekrets und dessen Ausführungsbestimmungen beteiligt sind, einschließlich der in Artikel 4.11 angeführten Datenempfänger dazu verpflichtet, die Angaben, die ihnen in Ausübung ihrer Aufgaben anvertraut werden, vertraulich zu behandeln.“

Art. 19 – Artikel 4.5 desselben Dekrets wird wie folgt ersetzt:

„Art. 4.5 – Verantwortliche für die Datenverarbeitung

Unbeschadet des Artikels 4.6 ist das Zentrum für die Verarbeitung der in Artikel 4.7 angeführten personenbezogenen Daten verantwortlich. Das Zentrum gilt für die Verarbeitung dieser Daten als Verantwortlicher im Sinne von Artikel 4 Nummer 7 der Datenschutz-Grundverordnung.“

Art. 20 – Artikel 4.6 desselben Dekrets, abgeändert durch das Dekret vom 28. Juni 2021, wird wie folgt ersetzt:

„Art. 4.6 – Verarbeitung von Daten zur Gesundheit

Die Verarbeitung von Daten zur Gesundheit der betroffenen Personen findet unter der Verantwortung einer bei dem Zentrum beschäftigten Fachkraft der Gesundheitspflege oder einer anderen Fachkraft, die dem Berufsgeheimnis unterworfen ist, statt.“

Art. 21 – Artikel 4.7 desselben Dekrets wird wie folgt ersetzt:

„Art. 4.7 – Datenkategorien

Insofern sie im Kontext der Arbeit mit dem Klienten relevant sind, kann das Zentrum personenbezogene Daten folgender Kategorien gemäß Artikel 4.8 verarbeiten:

1. in Bezug auf werdende Mütter in Notlagen:
 - a) Daten zur Identität und Kontaktangaben: Name, Vorname, Adresse, E-Mail-Adresse, Rufnummer bzw. Handynummer;
 - b) die Nationalregisternummer oder eine gleichwertige alternative offizielle Identifikationsnummer für Klienten, die nicht über eine Nationalregisternummer verfügen;
 - c) Daten zum Gesundheitszustand: Informationen zur Schwangerschaft, zu Krankheiten sowie ärztliche Bescheinigungen;
 - d) Daten zu Ausbildung und Schulung: Schullaufbahn und Schulabschlüsse;
 - e) Daten zu Beruf und Funktion: derzeitige Arbeitgeber, Berufsbezeichnung und -beschreibung;
 - f) Daten zu Lebensgewohnheiten: Konsumgewohnheiten und soziale Netzwerke, soweit sie für die Beratung relevant sind;
 - g) Daten zu persönlichen Eigenschaften: Geburtsdatum;
 - h) Daten zu den Wohncharakteristiken: Merkmale der Unterkunft;
 - i) Finanzdaten: Einnahmen und Ausgaben, verfügbare finanzielle Mittel, Sozialleistungen, Kontonummer;
 - j) Haushaltszusammensetzung: Namen, Alter und Beziehung zu und zwischen den Personen, die im gleichen Haushalt wohnen.
2. in Bezug auf Personalmitglieder der Schulen und des ZAWM:
 - a) Daten zur Identität und Kontaktangaben: Name, Vorname, Adresse, E-Mail-Adresse, Rufnummer bzw. Handynummer;
 - b) Daten zu persönlichen Eigenschaften: Geburtsdatum, Zivilstand;
 - c) Daten zum Beruf und zur Funktion: derzeitige Arbeitgeber, Berufsbezeichnung und -beschreibung;
 - d) Notizen zu Anfragen im Rahmen von Beratungen zur Arbeit mit Schülern und Klassen: die Fragestellung und die in diesem Rahmen festgestellten Bedürfnisse der betroffenen Person sowie die daraus resultierenden Maßnahmen.

3. in Bezug auf Kinder bis einschließlich 12 Jahre:

a) Daten zur Identität und Kontaktangaben: Name, Vorname, Adresse, E-Mail-Adresse, Rufnummer bzw. Handynummer;

b) Daten zu persönlichen Eigenschaften: Geburtsdatum, Nationalität, Geburtsort, Alter sowie Geschlecht;

c) die Nationalregisternummer oder eine gleichwertige alternative offizielle Identifikationsnummer für Klienten, die nicht über eine Nationalregisternummer verfügen;

d) Daten zum Schulbesuch und zur Ausbildung;

e) Daten zum Gesundheitszustand: Gewicht, Größe, anatomische Entwicklung bzw. Auffälligkeiten, Sehvermögen, Hörvermögen, Zahngesundheit, Impfdaten, kognitive und sprachliche Entwicklung, emotionale und soziale Entwicklung, Fördermaßnahmen, ansteckende Krankheiten;

f) Daten zur gesundheitlichen Vorgeschichte: Geburt, Allergien, Seh- und Hörvermögen, Impfdaten sowie Erkrankungen;

g) Daten zu persönlichen Interessen: Hobbies und Sport;

h) Daten zu den Lebensgewohnheiten: soziale Netzwerke, Ernährung, Schlaf, Sport und Konsumgewohnheiten;

i) Daten zur Haushaltzusammensetzung: Namen, Alter und Beziehung zu und zwischen den Personen, die im gleichen Haushalt wohnen;

j) Daten zum Konsum digitaler Medien: Art der Medien sowie die Zeit, die vor Bildschirmen verbracht wird;

k) Daten zu den Wohncharakteristiken: Merkmale der Unterkunft;

l) Daten bezüglich Ermittlungen oder Gerichtsverfahren:

- Daten, die von Justizbehörden an das Zentrum übermittelt werden, im Rahmen von Beauftragungen;

- Inhalte aus Gutachten externer Fachstellen, die von Erziehungsberechtigten an das Zentrum weitergeleitet werden, um die Gesamtsituation des Kindes oder Jugendlichen zu beleuchten;

- Angaben, die im Rahmen der psychosozialen Begleitung von Jugendlichen oder Familien freiwillig mitgeteilt werden, sofern sie für die Einschätzung der familiären oder sozialen Situation relevant sind.

m) Daten zur politischen Meinung, sofern sie im Rahmen der Arbeit der Anlaufstelle für die Vorbeugung von gewaltsamem Radikalismus sowie im Rahmen der psychosozialen Begleitung von Jugendlichen, deren politische Meinung ausschlaggebend für deren Verhalten und damit einhergehende Konsequenzen ist, die Hauptrolle spielen;

n) Daten zur kulturellen oder ethnischen Herkunft, sofern sie im Rahmen der psychosozialen Begleitung von Kindern bzw. Jugendlichen, deren kulturelle oder ethnische Herkunft ausschlaggebend für deren Verhalten oder Gefühlsleben und damit einhergehende Konsequenzen sein kann, sowie der Arbeit der Anlaufstelle für die Vorbeugung von gewaltsamem Radikalismus, die Hauptrolle spielen;

o) Daten zur Religion oder Weltanschauung, sofern sie im Rahmen der Arbeit der Anlaufstelle für die Vorbeugung von gewaltsamem Radikalismus sowie im Rahmen der psychosozialen Begleitung von Jugendlichen, deren Religion oder Weltanschauung ausschlaggebend für deren Verhalten oder Gefühlsleben und damit einhergehende Konsequenzen ist, die Hauptrolle spielen;

p) Daten zu kundenbezogenen Anfragen: die Fragestellung und die in diesem Rahmen festgestellten Bedürfnisse der betroffenen Person sowie die daraus resultierenden Maßnahmen;

q) Daten zur sexuellen Orientierung, sofern sie im Rahmen der psychosozialen Begleitung von Kindern, deren sexuelle Orientierung ausschlaggebend für deren Verhalten oder Gefühlsleben und damit einhergehende Konsequenzen ist, die Hauptrolle spielen.

4. in Bezug auf Minderjährige ab 13 Jahre:

a) Daten zur Identität und Kontaktangaben: Name, Vorname, Adresse, E-Mail-Adresse, Rufnummer bzw. Handynummer;

b) Daten zu persönlichen Eigenschaften: Geburtsdatum, Nationalität, Geburtsort, Alter sowie Geschlecht;

c) die Nationalregisternummer oder eine gleichwertige alternative offizielle Identifikationsnummer für Klienten, die nicht über eine Nationalregisternummer verfügen;

d) Daten zum Schulbesuch und zur Ausbildung;

e) Daten zu Beruf und Funktion der Erziehungsberechtigten: derzeitige Arbeitgeber, Berufsbezeichnung und -beschreibung;

f) Daten zum Gesundheitszustand: Gewicht, Größe, anatomische Entwicklung bzw. Auffälligkeiten, Sehvermögen, Hörvermögen, Zahngesundheit, Impfdaten, kognitive und sprachliche Entwicklung, emotionale und soziale Entwicklung, Fördermaßnahmen, ansteckende Krankheiten;

g) Daten zur gesundheitlichen Vorgeschichte: Geburt, Allergien, Seh- und Hörvermögen, Impfdaten sowie Erkrankungen;

h) Daten zu persönlichen Interessen: Hobbies und Sport;

i) Daten zu den Lebensgewohnheiten: soziale Netzwerke, Ernährung, Schlaf, Sport und Konsumgewohnheiten;

j) Daten zur Haushaltzusammensetzung: Anzahl und Alter der im Haushalt lebenden Personen, Verwandtschaftsverhältnisse, Sorgerechtsverhältnisse;

k) Daten zum Konsum digitaler Medien: die Zeit, die vor Bildschirmen verbracht wird;

l) Daten zu den Wohncharakteristiken: Merkmale der Unterkunft;

m) Daten bezüglich mutmaßlicher Straftaten;

n) Daten bezüglich Ermittlungen oder Gerichtsverfahren:

- Daten, die von Justizbehörden an das Zentrum übermittelt werden, im Rahmen von Beauftragungen;

- Inhalte aus Gutachten externer Fachstellen, die von Erziehungsberechtigten an das Zentrum weitergeleitet werden, um die Gesamtsituation des Kindes oder Jugendlichen zu beleuchten;

- Angaben, die im Rahmen der psychosozialen Begleitung von Jugendlichen oder Familien freiwillig mitgeteilt werden, sofern sie für die Einschätzung der familiären oder sozialen Situation relevant sind;

o) Daten zur politischen Meinung, sofern sie im Rahmen der Arbeit der Anlaufstelle für die Vorbeugung von gewaltsamem Radikalismus sowie im Rahmen der psychosozialen Begleitung von Jugendlichen, deren politische Meinung ausschlaggebend für deren Verhalten und damit einhergehende Konsequenzen ist, die Hauptrolle spielen;

p) Daten zur kulturellen oder ethnischen Herkunft, sofern sie im Rahmen der psychosozialen Begleitung von Kindern bzw. Jugendlichen, deren kulturelle oder ethnische Herkunft ausschlaggebend für deren Verhalten oder Gefühlsleben und damit einhergehende Konsequenzen sein kann, sowie der Arbeit der Anlaufstelle für die Vorbeugung von gewaltsamem Radikalismus, die Hauptrolle spielen;

q) Daten zur Religion oder Weltanschauung, sofern sie im Rahmen der Arbeit der Anlaufstelle für die Vorbeugung von gewaltsamem Radikalismus sowie im Rahmen der psychosozialen Begleitung von Jugendlichen, deren Religion oder Weltanschauung ausschlaggebend für deren Verhalten oder Gefühlsleben und damit einhergehende Konsequenzen ist, die Hauptrolle spielen;

r) Daten zu kundenbezogenen Anfragen: die Fragestellung und die in diesem Rahmen festgestellten Bedürfnisse der betroffenen Person sowie die daraus resultierenden Maßnahmen;

s) Daten zur sexuellen Orientierung insofern dies im Rahmen der Identitätsfindung eine Rolle spielt;

5. in Bezug auf volljährige Schüler bzw. Studenten:

a) Daten zur Identität und Kontaktangaben: Name, Vorname, Adresse, E-Mail-Adresse, Rufnummer bzw. Handynummer;

b) Daten zu persönlichen Eigenschaften: Geburtsdatum, Nationalität, Geburtsort, Alter, Familienstand sowie Geschlecht;

- c) die Nationalregisternummer oder eine gleichwertige alternative offizielle Identifikationsnummer für Klienten, die nicht über eine Nationalregisternummer verfügen;
 - d) Daten zum Schulbesuch, zur Ausbildung und zu Schulungen;
 - e) Daten zum Lehrberuf des Schülers: Ausbildungsbetrieb und die Ausbildungsbezeichnung;
 - f) Daten zum Gesundheitszustand: Gewicht, Größe, anatomische Entwicklung bzw. Auffälligkeiten, Sehvermögen, Hörvermögen, Zahngesundheit, Impfdaten, kognitive und sprachliche Entwicklung, emotionale und soziale Entwicklung, Fördermaßnahmen, ansteckende Krankheiten;
 - g) Daten zur gesundheitlichen Vorgeschichte: Geburt, Allergien, Seh- und Hörvermögen, Impfdaten sowie Erkrankungen;
 - h) Daten zu persönlichen Interessen: Hobbies und Sport;
 - i) Daten zu den Lebensgewohnheiten: soziale Netzwerke, Ernährung, Schlaf, Sport und Konsumgewohnheiten;
 - j) Daten zur Haushaltszusammensetzung: Anzahl und Alter der im Haushalt lebenden Personen, Verwandtschaftsverhältnisse, Sorgerechtsverhältnisse;
 - k) Daten zu Konsumgewohnheiten: Verbrauchsgewohnheiten;
 - l) Daten zu den Wohncharakteristiken: Merkmale der Unterkunft;
 - m) Daten bezüglich mutmaßlicher Straftaten;
 - n) Daten bezüglich Ermittlungen oder Gerichtsverfahren:
 - Daten, die von Justizbehörden an das Zentrum übermittelt werden, im Rahmen von Beauftragungen
 - Inhalte aus Gutachten externer Fachstellen, die von Erziehungsberechtigten an das Zentrum weitergeleitet werden, um die Gesamtsituation des Kindes oder Jugendlichen zu beleuchten;
 - Angaben, die im Rahmen der psychosozialen Begleitung von Jugendlichen oder Familien freiwillig mitgeteilt werden, sofern sie für die Einschätzung der familiären oder sozialen Situation relevant sind;
 - o) Daten zur politischen Meinung, sofern sie im Rahmen der Arbeit der Anlaufstelle für die Vorbeugung von gewaltsamem Radikalismus sowie im Rahmen der psychosozialen Begleitung von Jugendlichen, deren politische Meinung ausschlaggebend für deren Verhalten und damit einhergehende Konsequenzen ist, die Hauptrolle spielen;
 - p) Daten zur kulturellen oder ethnischen Herkunft, sofern sie im Rahmen der psychosozialen Begleitung von Kindern bzw. Jugendlichen, deren kulturelle oder ethnische Herkunft ausschlaggebend für deren Verhalten oder Gefühlsleben und damit einhergehende Konsequenzen sein kann, sowie der Arbeit der Anlaufstelle für die Vorbeugung von gewaltsamem Radikalismus, die Hauptrolle spielen;
 - q) Daten zur Religion oder Weltanschauung, sofern sie im Rahmen der Arbeit der Anlaufstelle für die Vorbeugung von gewaltsamem Radikalismus sowie im Rahmen der psychosozialen Begleitung von Jugendlichen, deren Religion oder Weltanschauung ausschlaggebend für deren Verhalten oder Gefühlsleben und damit einhergehende Konsequenzen ist, die Hauptrolle spielen;
 - r) Daten zu kundenbezogenen Anfragen: die Fragestellung und die in diesem Rahmen festgestellten Bedürfnisse der betroffenen Person sowie die daraus resultierenden Maßnahmen;
 - s) Daten zur sexuellen Orientierung insofern dies im Rahmen der Identitätsfindung eine Rolle spielt;
6. in Bezug auf Erziehungsberechtigte:
- a) Daten zur Identität und Kontaktangaben: Name, Vorname, Adresse, E-Mail-Adresse, Rufnummer bzw. Handynummer;
 - b) Daten zu persönlichen Eigenschaften: Geburtsdatum, Geschlecht und Sprache;
 - c) die Nationalregisternummer oder eine gleichwertige alternative offizielle Identifikationsnummer für Klienten, die nicht über eine Nationalregisternummer verfügen;

d) Daten bezüglich des Gesundheitszustands: Informationen zur Schwangerschaft und zur Geburt des Kindes sowie Informationen im Hinblick auf familiäre Vorbelastung der Gesundheit des Kindes;

e) Daten zur Ausbildung und zu Schulungen;

f) Daten zum Beruf und zur Funktion;

g) Daten zu den Lebensgewohnheiten: soziale Netzwerke und Konsumgewohnheiten;

h) Daten bezüglich juristischer Maßnahmen: die Unterstellung unter Vormundschaft;

i) Daten bezüglich mutmaßlicher Straftaten;

j) Daten bezüglich Verurteilungen und Strafen;

k) Daten bezüglich Ermittlungen oder Gerichtsverfahren:

- Daten, die von Justizbehörden an das Zentrum übermittelt werden, im Rahmen von Beauftragungen;

- Inhalte aus Gutachten externer Fachstellen, die von Erziehungsberechtigten an das Zentrum weitergeleitet werden, um die Gesamtsituation des Kindes oder Jugendlichen zu beleuchten;

- Angaben, die im Rahmen der psychosozialen Begleitung von Jugendlichen oder Familien freiwillig mitgeteilt werden, sofern sie für die Einschätzung der familiären oder sozialen Situation relevant sind;

l) Daten zur Haushaltszusammensetzung: Namen, Alter und Beziehung zu und zwischen den Personen, die im gleichen Haushalt wohnen;

m) Daten zu persönlichen Interessen: Hobbies und Sport;

n) Daten zu den Wohncharakteristiken: Merkmale der Unterkunft;

o) Daten zur kulturellen oder ethnischen Herkunft, sofern sie im Rahmen der psychosozialen Begleitung von Kindern bzw. Jugendlichen, deren kulturelle oder ethnische Herkunft ausschlaggebend für deren Verhalten oder Gefühlsleben und damit einhergehende Konsequenzen sein kann, sowie der Arbeit der Anlaufstelle für die Vorbeugung von gewaltsamem Radikalismus, die Hauptrolle spielen;

p) Daten zur Religion oder Weltanschauung, sofern sie im Rahmen der Arbeit der Anlaufstelle für die Vorbeugung von gewaltsamem Radikalismus sowie im Rahmen der psychosozialen Begleitung von Jugendlichen, deren Religion oder Weltanschauung ausschlaggebend für deren Verhalten oder Gefühlsleben und damit einhergehende Konsequenzen ist, die Hauptrolle spielen;

q) Finanzdaten: die Kontonummer;

r) Daten zum Einwanderungsstatus: Angaben zum Visum sowie Angaben zu Aufenthalts- oder Reisebeschränkungen;

7. in Bezug auf sonstige Personen aus dem Umfeld des Klienten:

a) Sonstige Informationen, welche dem Zentrum im Rahmen der Begleitung des Klienten zugetragen werden;

b) Daten zum Gesundheitszustand der Großeltern und Geschwister im Hinblick auf familiäre Vorbelastung der Gesundheit des Kindes;

c) Informationen betreffend Personen, die in Beziehung zum Klienten im Kontext der Fragestellung einer Begleitung stehen, und im Hinblick auf die Begleitung zweckdienlich sind.

8. in Bezug auf Ärzte, die für das Zentrum auf Honorarbasis arbeiten:

a) Daten zur Identität und Kontaktangaben: Name, Vorname, Adresse, E-Mail-Adresse und Rufnummer bzw. Handynummer;

b) die Nationalregisternummer oder eine gleichwertige alternative offizielle Identifikationsnummer für Ärzte, die nicht über eine Nationalregisternummer verfügen;

c) die Unternehmensnummer;

d) Auszug aus dem Strafregister gemäß Artikel 596 Absatz 2 des Strafprozessgesetzbuches;

e) Daten zur Ausbildung und zu Schulungen;

f) Finanzdaten: die Bankverbindung;

9. in Bezug auf Referenten, die für das Zentrum auf Honorarbasis arbeiten:

a) Daten zur Identität und Kontaktangaben: Name, Vorname, Adresse, E-Mail-Adresse und Rufnummer bzw. Handynummer;

b) die Nationalregisternummer oder eine gleichwertige alternative offizielle Identifikationsnummer für Referenten, die nicht über eine Nationalregisternummer verfügen;

c) die Unternehmensnummer;

d) Auszug aus dem Strafregister gemäß Artikel 596 Absatz 2 des Strafprozessgesetzbuches;

e) Daten zur Ausbildung und zu Schulungen;

f) Finanzdaten: die Bankverbindung;

10. in Bezug auf Personen, die das Zentrum ehrenamtlich unterstützen:

a) Daten zur Identität und Kontaktangaben: Name, Vorname, Adresse, E-Mail-Adresse und Rufnummer bzw. Handynummer;

b) die Nationalregisternummer oder eine gleichwertige alternative offizielle Identifikationsnummer für Ehrenamtliche, die nicht über eine Nationalregisternummer verfügen;

c) Auszug aus dem Strafregister gemäß Artikel 596 Absatz 2 des Strafprozessgesetzbuches;

d) Finanzdaten: die Bankverbindung;

11. in Bezug auf Personalmitglieder des Zentrums:

a) Daten zur Identität und Kontaktangaben: Name, Vorname, Adresse, E-Mail-Adresse sowie Rufnummer bzw. Handynummer;

b) die Nationalregisternummer oder eine gleichwertige alternative offizielle Identifikationsnummer für Personalmitglieder, die nicht über eine Nationalregisternummer verfügen;

c) Daten zu persönlichen Eigenschaften: Geburtsdatum, Geburtsort, Nationalität, Alter, Familienstand, Haushaltszusammensetzung und Geschlecht;

d) Angaben zur familiären Situation: falls vorhanden, Name und Geburtsdatum der Kinder, Angaben zum Ehepartner, Heirats-, Trennungs- oder Scheidungsurkunde;

e) Daten zu Ausbildung und Schulung: Diplome sowie Fort- und Weiterbildungsbescheinigungen;

f) Daten zu Beruf und Funktion: die Berufslaufbahn, der Ernennungserlass, Arbeitsverträge mit eventuellen Nachträgen, Bewertungen, Bestimmung des finanziellen Dienstalters, Urlaubsregelungen, Pensionsunterlagen, Aufstieg und Beförderung, Reduzierung der Arbeitszeiten, Genehmigungen von Nebenbeschäftigungen sowie Kündigungen;

g) Finanzdaten: die Bankverbindung, die steuerliche Situation einschließlich der Personen zu Lasten sowie Forderungsanmeldungen u.a. im Bereich Dienstfahrten und Arbeitsweg;

h) Bildaufzeichnungen: Personalfotos;

i) Gesundheitsdaten im Hinblick auf die Begründung von Abwesenheiten: Krankmeldungen, Berichte der Arbeitsmedizin und die Information über eine bestehende Schwangerschaft im Hinblick auf Auflagen betreffend die Arbeitsstelle;

j) KFZ-Kennzeichen;

k) Angaben zu geleistetem Militärdienst: Milizbescheinigung;

l) Auszug aus dem Strafregister, der für eine Einstellung Voraussetzung ist.

Für jede Verarbeitung folgender Datenkategorien erfolgt eine dokumentierte Einzelfallprüfung durch das Zentrum hinsichtlich Erforderlichkeit und Verhältnismäßigkeit:

1. die in Absatz 1 Nummer 3 Buchstaben e), f), l), m), n), o) und q) angeführten Datenkategorien;

2. die in Absatz 1 Nummer 4 Buchstaben f), g), m), n), o), p), q) und s) angeführten Datenkategorien;

3. die in Absatz 1 Nummer 5 Buchstaben f), g), m), n), o), p), q) und s) angeführten Datenkategorien;
4. die in Absatz 1 Nummer 6 Buchstaben i), j), k), o) und p) angeführten Datenkategorien;
5. die in Absatz 1 Nummer 7 Buchstabe b) angeführte Datenkategorie.“

Art. 22 – Artikel 4.8 desselben Dekrets wird wie folgt ersetzt:

„Art. 4.8 – *Regelmäßige Bereitstellung von Daten*

§1 - Die Regierung übermittelt dem Zentrum mindestens einmal monatlich zwecks erstmaliger Kontaktaufnahme des Zentrums mit den Familien zur Erfüllung der in Artikel 3.3 festgehaltenen Aufgaben folgende Daten:

1. die Angaben zur Identität und die Kontaktangaben des Antragstellers der Geburtsprämie gemäß Kapitel 3 Abschnitt 1 des Dekrets vom 23. April 2018 über die Familienleistungen, der seinen Wohnsitz im deutschen Sprachgebiet hat;
2. die Informationen bezüglich des voraussichtlichen Geburtstermins sowie das tatsächliche Geburtsdatum.

Die Daten werden durch das Zentrum gespeichert und entsprechend den in Artikel 4.12 angeführten Fristen aufbewahrt.

Die Übertragung der Daten erfolgt mittels einer Webportalsoftware unter Einhaltung nachfolgender Sicherheitsmaßnahmen:

1. Das Portal ist für die Regierung und das Zentrum durch ein separates Passwort geschützt.
2. Das Zentrum kann nur die Daten einsehen, die es für die Umsetzung des in Artikel 3.3 beschriebenen Auftrags benötigt.

§2 - Die Gemeinden übermitteln dem Zentrum monatlich die Kontaktdaten einschließlich Nationalregisternummern oder einer gleichwertigen Identifizierungsnummer der Neugeborenen und der neu zugezogenen Kinder bis 3 Jahre.

§3 - Der externe Datenaustausch findet unbeschadet des Artikels 4.4 statt.

§4 - Für die Erstellung und Aktualisierung der unter Artikel 4.1 angeführten integrierten Begleitakte werden dem Zentrum folgende Daten übermittelt:

1. Die Regierung übermittelt dem Zentrum jedes Jahr:
 - a) bis zum 1. November und bis zum 1. März die Liste aller Schüler, die im laufenden Schuljahr an einer Regel- oder Förderschule in der Deutschsprachigen Gemeinschaft eingeschrieben sind;
 - b) bis zum 1. Februar die Liste aller Schüler, die im laufenden Schuljahr in der Deutschsprachigen Gemeinschaft zum Hausunterricht angemeldet sind. Anschließend werden dem Zentrum bis zum Ende des jeweiligen Schuljahres laufend alle Informationen zu Neueinschreibungen im Hausunterricht übermittelt.
2. Das ZAWM übermittelt dem Zentrum spätestens bis zum 1. November jeden Jahres die Liste aller Schüler, die im laufenden Schuljahr im ZAWM eingeschrieben sind.
3. Das ZFP übermittelt dem Zentrum bis zum 1. Februar jeden Jahres die Liste aller Schüler, die im laufenden Schuljahr in besonderen Programmen des ZFP betreut werden. Anschließend werden dem Zentrum bis zum Ende des jeweiligen Schuljahres alle Informationen zu Neueinschreibungen in der jeweiligen Unterrichtsform übermittelt.
4. Die Schulen übermitteln dem Zentrum zwei Mal im Jahr Listen mit den entsprechenden Informationen zu neuankommenden Schülern. Auf Anfrage des Zentrums übermitteln die

Schulen dem Zentrum die entsprechenden Informationen zu spezifischen Schülern zusätzlich auch zu einem anderen Zeitpunkt in Übereinstimmung mit Artikel 3.5.

5. Die Grundschulen übermitteln dem Zentrum im Hinblick auf die unter Artikel 3.15 §2 Absatz 1 Nummer 1 angeführte Anamnese Informationen zu eventuellen Auffälligkeiten bei den Kindern.

Die in Absatz 1 Nummern 1 bis 4 angeführten Schülerlisten enthalten Identifikationsdaten, Kontaktdaten, Daten zu persönlichen Eigenschaften und zur aktuellen Schuleinschreibung sowie die Nationalregisternummer oder eine gleichwertige eindeutige offizielle Identifikationsnummer.

Unbeschadet von Absatz 2 enthalten die in Absatz 1 Nummer 4 angeführten Listen im Hinblick auf die Aufspürung eventueller ansteckender Krankheiten im schulischen Umfeld, das Herkunftsland und eventuelle Transitländer.

§5 - Zur Gewährleistung der Sicherheit der Datenübermittlungen setzt das Zentrum geeignete technische und organisatorische Maßnahmen gemäß Artikel 32 der Datenschutz-Grundverordnung ein.“

Art. 23 – Artikel 4.9 desselben Dekrets, abgeändert durch die Dekrete vom 28. Juni 2021 und vom 15. Dezember 2021, wird wie folgt ersetzt:

„Art. 4.9 – Verarbeitungszwecke

Vorbehaltlich gesetzlicher Bestimmungen, die die Vorgaben für das Zentrum bei der Verarbeitung personenbezogener Daten anderweitig festlegen, erhebt und verarbeitet das Zentrum personenbezogene Daten zu folgenden Zwecken:

1. die in Artikel 4.7 Absatz 1 Nummer 1 angeführten Datenkategorien für die in Artikel 3.1, 3.2, 3.3, 3.8, 3.9, 3.27 und 4.1 vorgesehenen Zwecke;

2. die in Artikel 4.7 Absatz 1 Nummer 2 angeführten Datenkategorien für die in Artikel 3.1, 3.2, 3.3, 3.4 insbesondere Absatz 1 Nummer 8, 3.5, 3.6, 3.8, 3.9 und 5.2 und dem Artikel 10.2 des Dekrets vom 1. Juni 2004 zur Gesundheitsförderung und zur medizinischen Prävention vorgesehenen Zwecke;

3. die in Artikel 4.7 Absatz 1 Nummer 3 angeführten Datenkategorien für die in Artikel 3.1, 3.2, 3.3, 3.4, 3.8, 3.9, 3.15, 3.17, 3.18 §2 Absatz 3 Nummern 2 und 3, 3.19, 3.20, 3.26, 3.27, 3.28, 3.29, 3.30, 3.31, 4.1, 4.8 und 5.1 vorgesehenen Zwecke;

4. die in Artikel 4.7 Absatz 1 Nummer 4 angeführten Datenkategorien für die in Artikel 3.1, 3.2, 3.3, 3.4, 3.5, 3.6, 3.8, 3.9, 3.15, 3.17, 3.18, 3.19, 3.20, 3.26, 3.28, 3.29, 3.30, 3.31, 4.1, 4.8 und 5.1 vorgesehenen Zwecke;

5. die in Artikel 4.7 Absatz 1 Nummer 5 angeführten Datenkategorien für die in Artikel 3.1, 3.2, 3.3, 3.4, 3.5, 3.6, 3.8, 3.9, 3.15, 3.17, 3.18, 3.19, 3.20, 3.28, 3.29, 3.30, 3.31, 4.1 und 4.8 vorgesehenen Zwecke;

6. die in Artikel 4.7 Absatz 1 Nummer 6 angeführten Datenkategorien für die in Artikel 3.1, 3.2, 3.3, 3.4, 3.5, 3.6, 3.8, 3.9, 3.15, 3.17, 3.18, 3.19, 3.20, 3.21, 3.26, 3.28, 3.29, 3.30, 3.31, 4.1, 4.8 und 5.1 vorgesehenen Zwecke;

7. die in Artikel 4.7 Absatz 1 Nummer 7 angeführten Datenkategorien für die in Artikel 3.1, 3.2, 3.3, 3.4, 3.5, 3.6, 3.8, 3.26, 3.27, 3.28, 3.29, 3.30, 3.31, 4.1, 4.8 und 5.1 vorgesehenen Zwecke;

8. die in Artikel 4.7 Absatz 1 Nummer 8 angeführten Datenkategorien für die in Artikel 3.12 vorgesehenen Zwecke im Hinblick auf Anwerbung, Kommunikation und Kostenabrechnung;

9. die in Artikel 4.7 Absatz 1 Nummer 9 angeführten Datenkategorien für die in Artikel 3.2-3.4 und 3.9 vorgesehenen Zwecke im Hinblick auf Anwerbung, Kommunikation und Kostenabrechnung sowie gemäß ggf. abgeschlossenen Vereinbarungen mit der Regierung;

10. die in Artikel 4.7 Absatz 1 Nummer 10 angeführten Datenkategorien für die in Artikel 3.2-3.4 und 3.9 vorgesehenen Zwecke im Hinblick auf Anwerbung, Kommunikation und Kostenabrechnung;

11. die in Artikel 4.7 Absatz 1 Nummer 11 angeführten Datenkategorien für die in Titel 6 vorgesehenen Zwecke im Hinblick auf die Personalführung.

Das Zentrum darf die erhobenen Daten nicht zu anderen als den in Absatz 1 erwähnten Zwecken verwenden.“

Art. 24 – Artikel 4.10 desselben Dekrets wird wie folgt ersetzt:

„Art. 4.10 – Nutzung von Daten zur Erstellung von Analysen und Statistiken

Das Zentrum greift grundsätzlich zur Erstellung von Analysen und Statistiken auf anonyme und pseudonymisierte Daten zurück.

Die Erstellung von Analysen und Statistiken dient folgenden Zwecken:

1. Kommunale Entwicklungsförderung gemäß Artikel 3.8;
2. Beratung der Regierung und der Gemeinden gemäß Artikel 3.9;
3. Erstellung von Expertisen gemäß Artikel 3.9;
4. Strategische Planung und Qualitätsmanagement gemäß Artikel 3.2 und Artikel 5.1.

Können die in Absatz 1 erwähnten Analysen und Statistiken nicht anhand anonymer Daten erstellt werden, ist der Rückgriff auf pseudonymisierte Daten gestattet.

Für die Anwendung von Absatz 3 vermerkt das Zentrum in seinem Verzeichnis von Verarbeitungstätigkeiten aus welchen Gründen die Verarbeitung anonymer Daten die Erstellung der in Absatz 1 erwähnten Analysen und Statistiken nicht ermöglicht.“

Art. 25 – Artikel 4.11 desselben Dekrets, ersetzt durch das Dekret vom 28. Juni 2021, wird wie folgt ersetzt:

„Art. 4.11 – Geheimhaltungspflicht und Zusammenarbeit mit Dritten

§1 - Unbeschadet der Bestimmungen über das geteilte Berufsgeheimnis, dürfen die im Artikel 4.7 erwähnten personenbezogenen Daten an Personen oder Einrichtungen übermittelt werden, sofern das Zentrum auf Basis des vorliegenden Dekrets zum Austausch verpflichtet ist oder die Personen bzw. Einrichtungen, durch oder aufgrund eines Gesetzes, eines Dekrets oder einer Ordonnanz mit einem Auftrag öffentlichen Interesses betraut sind, die Übermittlung für die Ausführung des Auftrags öffentlichen Interesses erforderlich ist und nur die für diesen Auftrag relevanten Daten übermittelt werden.

In diesem Rahmen übermittelt das Zentrum unter Berücksichtigung des Grundsatzes der Datenminimierung:

1. Partnern im Bereich Jugendhilfe und Jugendgerichtsdienst, die in Artikel 4.7 Absatz 1 Nummern 3 und 4 angeführten Daten für die in Artikel 3.1, 3.2, 3.18, 3.19 und 4.2 angeführten Zwecke, aufgrund des Dekrets vom 13. November 2023 über die Jugendhilfe und den Jugendschutz;

2. dem Arzt bzw. der Krankenkasse der betroffenen Person die in Artikel 4.7 Absatz 1 Nummer 1 Buchstaben a), b) und h) angeführten Daten für die in Artikel 3.2 und 3.27 angeführten Zwecke;

3. den Ärzten des Zentrums, die in Artikel 4.7 Absatz 1 Nummern 3-5 und 6 Buchstabe a) angeführten Daten für den in Artikel 3.2-3.5 und 3.15 angeführten Zweck;

4. den Erziehungsberechtigten, die in Artikel 4.7 Absatz 1 Nummern 3 und 4 angeführten Daten für die in Artikel 3.1-3.6 und 3.19 angeführten Zwecke;

5. der jeweiligen Schule oder des ZAWM sowie den Lehrern/Leitern, die in Artikel 4.7 Absatz 1 Nummern 3, 4 und 5 angeführten Daten für die in Artikel 3.2-3.6, 3.7 §5 und 4.2 angeführten Zwecke;

6. dem Ministerium bzw. der Regierung der Deutschsprachigen Gemeinschaft, die in Artikel 4.7 Absatz 1 sowie in Artikel 4.9 angeführten Daten für den in Artikel 3.1, 3.2, 3.9, 3.12, 3.15, 3.20, 3.24, 3.27, 3.28 und 3.29 und dem Erlass der Regierung vom 6. Juni 2024 über meldepflichtige Infektionskrankheiten angeführten Zweck;

7. Forschungseinrichtungen, die in Artikel 4.7 Absatz 1 Nummern 3-5 angeführten Daten in pseudonymisierter Form für die in Artikel 3.2, 5.1 und 5.2 angeführten Zwecke;

8. sonstigen Partnern im Bereich der gesunden Entwicklung von Kindern und Jugendlichen, die in Artikel 4.7 Absatz 1 Nummern 3-5 angeführten Daten für die in Artikel 3.1, 3.2 und 4.2 angeführten Zwecke;

9. der Staatsanwaltschaft, die in Artikel 4.7 Absatz 1 Nummern 3-6 angeführten Daten für den in Artikel 3.18 angeführten Zweck.

§2 - Unbeschadet der Bestimmungen über das geteilte Berufsgeheimnis, dürfen im Rahmen der Zusammenarbeit mit den Schulen, den ZAWM, anderen Verwaltungen oder anderen juristischen Personen die Beschäftigten des Zentrums vertrauliche Informationen weitergeben, wenn folgende Bedingungen gleichzeitig eingehalten werden:

1. Das Zentrum und die betreffenden Schulen, ZAWM, anderen Verwaltungen oder anderen juristischen Personen treffen Absprachen über die Art und Weise, wie die Vertraulichkeit der weitergegebenen Informationen gewährleistet wird.

2. Die Übermittlung der Informationen ist im Interesse des Kindes oder Jugendlichen erforderlich.

3. Die übermittelten Informationen sind angemessen, sachdienlich und verhältnismäßig.

4. Die minderjährigen Kinder oder Jugendlichen, die das erforderliche Urteilsvermögen besitzen, die Erziehungsberechtigten des minderjährigen Kindes oder Jugendlichen bzw. die volljährigen Jugendlichen haben vor dieser Übermittlung ihr Einverständnis erteilt und werden unverzüglich von der Übermittlung in Kenntnis gesetzt, es sei denn, dies steht dem Interesse des Kindes oder des Jugendlichen entgegen.“

Art. 26 – Artikel 4.12 desselben Dekrets, aufgehoben durch das Dekret vom 28. Juni 2021, wird wie folgt wieder eingeführt:

„Art. 4.12 – Aufbewahrungsdauer der Daten

Die in Artikel 4.7 Absatz 1 Nummern 1-7 definierten personenbezogenen Daten werden als Teil der Begleitakte höchstens während 10 Jahren ab der Volljährigkeit des Kindes oder des Jugendlichen oder – wenn die Begleitung des Kindes oder des Jugendlichen über die Volljährigkeit hinausgeht – ab dem Abschluss der Begleitung des Kindes oder des Jugendlichen durch das Zentrum in einer Form aufbewahrt, die die Identifizierung der betroffenen Personen ermöglicht.

Die in Artikel 4.7 Absatz 1 Nummer 8 definierten personenbezogenen Daten werden höchstens während 10 Jahren ab der Beendigung des Honorarvertrags mit dem Zentrum in einer Form aufbewahrt, die die Identifizierung der betroffenen Personen ermöglicht.

Die in Artikel 4.7 Absatz 1 Nummer 9 definierten personenbezogenen Daten werden höchstens während 10 Jahren ab der Beendigung des Honorarvertrags mit dem Zentrum in einer Form aufbewahrt, die die Identifizierung der betroffenen Personen ermöglicht.

Die in Artikel 4.7 Absatz 1 Nummer 10 definierten personenbezogenen Daten werden höchstens während 10 Jahren ab der Beendigung der Tätigkeit für das Zentrum in einer Form aufbewahrt, die die Identifizierung der betroffenen Personen ermöglicht.

Die in Artikel 4.7 Absatz 1 Nummer 11 definierten personenbezogenen Daten werden höchstens während 5 Jahren ab der Beendigung der Tätigkeit für das Zentrum in einer Form aufbewahrt, die die Identifizierung der betroffenen Personen ermöglicht.

Die in Artikel 4.8 §§1-3 definierten personenbezogenen Daten werden höchstens bis zu dem Datum, ab dem die Schulpflicht für das Kind besteht, in einer Form aufbewahrt, die die Identifizierung der betroffenen Personen ermöglicht.

Unbeschadet der Bestimmungen in Bezug auf das Archivwesen sowie in Bezug auf die Qualität der Gesundheitsversorgung werden die personenbezogenen Daten spätestens nach Ablauf der in den Absätzen 1-6 angeführten Fristen vernichtet.“

Art. 27 – In Titel 4 Untertitel 2 desselben Dekrets, abgeändert durch die Dekrete vom 28. Juni 2021 und vom 15. Dezember 2021, wird folgender Artikel 4.13 eingefügt:

„Art. 4.13 – Sicherheitsmaßnahmen

Das Zentrum achtet bei der Verarbeitung der in den Artikeln 4.7 und 4.10 erwähnten Daten darauf, dass angemessene Sicherheitsmaßnahmen angewendet werden unter Berücksichtigung der in Artikel 32 der Datenschutz-Grundverordnung angeführten Kriterien.

Das Zentrum sorgt dafür, dass die gemäß dem Artikel 4.7 verarbeiteten Daten jeweils nur von jenen Personen verarbeitet werden, die unmittelbar mit der Umsetzung der entsprechenden Aufgabe betraut sind.“

Art. 28 – Artikel 5.1 desselben Dekrets wird wie folgt abgeändert:

1. In Absatz 1 wird der Satz „Kooperationen mit Forschungseinrichtungen ermöglichen die Weiterentwicklung und Anwendung neuester Methoden.“ eingefügt.

2. In Absatz 2 wird der Satz „Zur Unterstützung des Qualitätsmanagements und der strategischen Planung greift das Zentrum u.a. auf statistische Analysen der durch das Zentrum erhobenen Daten zurück.“ eingefügt.

Art. 29 – In Artikel 5.2 Nummer 2 wird das Komma durch einen Punkt ersetzt und der Satz „Dies erfolgt unter anderem durch Umfragen.“ eingefügt.

Art. 30 – Vorliegendes Dekret tritt am Tag seiner Verabschiedung in Kraft.

Eupen, den ...

Für die Regierung der Deutschsprachigen Gemeinschaft,

Der Ministerpräsident,
Minister für lokale Behörden, Raumordnung und Finanzen

O. PAASCH

Der Minister für Unterricht, Ausbildung und Beschäftigung

**Jérôme
Franssen**

Digital unterschrieben
von Jérôme Franssen
Datum: 2025.10.29
08:05:55 +01'00'

J. FRANSSEN

GOUVERNEMENT DE LA COMMUNAUTÉ GERMANOPHONE

Le Gouvernement de la Communauté germanophone,

Sur la proposition du Ministre compétent en matière d'Enseignement;

Après délibération,

Arrête :

Le Ministre compétent en matière d'Enseignement est chargé de soumettre au Parlement de la Communauté germanophone l'avant-projet de décret dont la teneur suit :

**Avant-projet de décret modifiant le décret du 31 mars 2014 relatif au centre pour le
développement sain des enfants et des jeunes**

CONTENU

Le présent avant-projet de décret modifie le décret du 31 mars 2014 relatif au centre pour le développement sain des enfants et des jeunes afin de le rendre conforme au règlement général sur la protection des données.

TABLE DES MATIÈRES

	Page
Exposé des motifs	4
Explications générales	4
Commentaire des articles.....	7
Avant-projet	10

EXPOSÉ DES MOTIFS

EXPLICATIONS GÉNÉRALES

Le présent avant-projet de décret a déjà fait l'objet d'avis de l'Autorité de protection des données (avis 24/2025 du 10 avril 2025) et du Conseil d'État (avis 77.567/2 du 16 avril 2025) dans le cadre de l'avant-projet de décret portant des mesures en matière d'enseignement et de formation – 2025. À la suite des observations des instances d'évaluation respectives, l'avant-projet a été remanié tant sur le fond que sur la forme. Sur la base de ce qui précède, l'Autorité de protection des données et le Conseil d'État sont invités à rendre un nouvel avis, comme le Conseil d'État le prescrit également dans son avis du 16 avril 2025.

Le centre pour le développement sain des enfants et des jeunes, Kaleido, est, depuis sa création en 2014, notamment responsable de la protection de données sensibles. Déjà dans le décret initial de création du 31 mars 2014, des règles en matière de protection des données ont été fixées pour assurer le traitement et la protection des données relatives à la santé et au développement des enfants et des jeunes suivis par le centre.

L'entrée en vigueur, le 25 mai 2018, du règlement général européen sur la protection des données (RGPD) a, de manière globale, renforcé et harmonisé les dispositions légales en matière de protection des données dans toute l'Union européenne. Le RGPD fixe des normes contraignantes pour le traitement des données à caractère personnel qui doivent être transposées dans le droit national. Le présent projet législatif permet d'adapter le décret relatif à Kaleido aux exigences du RGPD pour garantir que les normes en matière de protection des données au sein de Kaleido s'inscrivent dans le cadre juridique actuel.

Les principes fondamentaux du RGPD sont :

- la licéité, la transparence et l'équité lors du traitement de données;
- la subordination du traitement des données à des finalités légitimes, définies en amont;
- la minimisation des données, c'est-à-dire la limitation des données au strict nécessaire;
- l'exactitude des données traitées et leur mise à jour régulière;
- la limitation de la durée de conservation, ce qui signifie que les données à caractère personnel ne peuvent être conservées qu'aussi longtemps que nécessaire à la finalité définie;
- l'intégrité et la confidentialité afin d'assurer, par des mesures techniques et organisationnelles, la sécurité des données.

Ces principes s'appliquent désormais grâce à la présente adaptation du décret. Particulièrement dans une institution comme Kaleido qui dispose de nombreuses données de santé sensibles, il est fondamental que les citoyens qui coopèrent avec le centre sur une base volontaire puissent être assurés du fait que leurs données sont parfaitement protégées. Toute perte de données ou tout abus à cet égard pourrait considérablement nuire à la confiance en Kaleido et compromettre cette coopération. Les adaptations apportées au décret permettent d'assurer que Kaleido dispose des normes les plus élevées en matière de protection des données et répond aux exigences légales.

Si des aspects essentiels ayant un lien avec le comportement d'un enfant ne peuvent être consignés, la reprise en interne d'un dossier ou une collaboration interne ne seront pas possibles de manière efficace.

L'objectif principal est d'assurer le meilleur suivi possible en conformité avec la mission de Kaleido, laquelle a été dans une large mesure concrétisée dans le décret, afin de garantir un traitement des données transparent.

Outre des petits ajouts et autres corrections, le Gouvernement propose également de procéder à des adaptations plus fondamentales.

Ainsi, le Gouvernement propose d'autoriser le centre à s'adresser de manière individuelle aux enfants et aux jeunes dans le cadre de son travail de prévention. Celui-ci consiste en une mesure de soutien apportée, à l'heure actuelle, par le centre aux écoles et au Centre de formation et de formation continue dans les classes moyennes et les PME (ZAWM). Jusqu'à présent, le centre ne disposait toutefois pas de cadre juridique à cet égard. Sauf en ce qui concerne les maladies contagieuses et les examens médicaux, tout le reste repose sur une base volontaire. Pour tout ce qui est lié aux activités dans le cadre de la classe, le suivi d'un enfant par Kaleido devrait toutefois pouvoir se faire sans l'accord des parents. En outre, le considérant 38 du RGPD prévoit que « *[l]e consentement du titulaire de la responsabilité parentale ne devrait pas être nécessaire dans le cadre de services de prévention ou de conseil proposés directement à un enfant.* »

Par ailleurs, il convient d'inscrire durablement dans le décret le fait que Kaleido peut enregistrer, en toute légalité, dans la base de données relative aux vaccinations les données de vaccination qui sont reprises dans le dossier intégré de suivi.

En outre, le Gouvernement propose de fixer explicitement dans le décret les catégories de données à caractère personnel que Kaleido peut traiter dans le cadre de ses missions légales. Il s'agit également de catégories particulières de données à caractère personnel au sens de l'article 9 du RGPD, étant donné que de telles données peuvent être indispensables dans certains cas pour l'accompagnement psychosocial des enfants et des jeunes.

Le traitement de catégories particulières de données à caractère personnel par Kaleido est autorisé en vertu de l'article 9, paragraphe 2, g), du RGPD, s'il est nécessaire pour des motifs d'intérêt public important, sur la base du droit de l'Union ou du droit d'un État membre. Les missions de Kaleido, fixées légalement, poursuivent des objectifs légitimes et d'intérêt public, notamment :

- promouvoir la santé physique et psychique chez les enfants et les jeunes;
- promouvoir les conditions permettant aux enfants et aux jeunes de faire partie d'un réseau favorisant leur développement constitué par la famille, les amis, l'entourage et la commune;
- promouvoir les conditions permettant aux enfants et aux jeunes d'apporter une contribution positive à la société. Cela inclut notamment la prévention du radicalisme violent.

Dans certains cas, pour bien comprendre la situation de vie d'un enfant ou d'un jeune, il est nécessaire de tenir compte d'informations sensibles, lesquelles sont souvent au cœur de la problématique. Une base décréte précise pour le traitement de ces données est par conséquent nécessaire, afin d'assurer la sécurité juridique pour les personnes concernées et pour Kaleido lui-même.

Les catégories de données particulières énumérées ci-après peuvent être traitées, dans la mesure où elles sont nécessaires dans le cadre d'un traitement de cas concret, et appellent les explications détaillées suivantes :

- les données relatives à l'opinion politique : dans le cas des jeunes dont les convictions politiques ont un lien avec une radicalisation ou un comportement potentiellement violent, par exemple ceux qui souhaitent adhérer à un groupe extrémiste et font preuve d'agressivité à l'égard des personnes qui ne partagent pas leurs opinions;
- les données relatives à l'origine culturelle ou ethnique : en cas de problèmes psychosociaux liés à une répartition des rôles ancrée de manière culturelle ou à des normes familiales, par exemple une pression intériorisée sur la question de l'homosexualité et une charge psychique qui en résulte;

- les données relatives à la religion ou aux convictions philosophiques : lorsque des opinions fondées sur la religion à l'égard d'autres idéologies ou de certains comportements donnent lieu à des conflits à l'école, par exemple une discrimination répétée en raison de convictions religieuses;
- les données relatives aux infractions présumées : dans le cadre d'informations communiquées volontairement par les jeunes pendant leur accompagnement, par exemple la consommation de substances illégales;
- les données relatives à l'orientation sexuelle chez les enfants et les jeunes : lorsque l'identité de genre ou l'orientation sexuelle joue un rôle central dans le bien-être émotionnel, par exemple les cas d'automutilation et d'agressivité liés à une dysphorie de genre;
- les données relatives aux enquêtes et aux procédures judiciaires : les informations que Kaleido reçoit dans le cadre de mandats judiciaires, par le biais d'avis externes ou de communications des personnes concernées elles-mêmes, par exemple l'incarcération d'un proche et l'importante charge psychique du jeune qui en résulte.

Le traitement de ces données est uniquement réalisé s'il est nécessaire à la question concrète posée dans le cadre de l'accompagnement. Les données qui n'ont pas de lien direct avec le motif de consultation ne sont pas traitées.

En outre, le traitement est soumis à des mesures de protection strictes conformément à l'article 9, paragraphe 2, g), du RGPD et au principe de proportionnalité. Il s'agit entre autres :

- de droits d'accès limités : un accès réservé aux professionnels soumis au secret professionnel ou à l'obligation de discrétion professionnelle;
- de la limitation de la finalité et de la minimisation des données : ne sont traitées que les informations qui sont absolument nécessaires à une fourniture de conseils ou à une intervention adaptées aux besoins;
- d'une mise en balance documentée : avant tout traitement de données sensibles, un examen au cas par cas a lieu pour ce qui est de la nécessité et de la proportionnalité.

Le Gouvernement propose également d'inscrire dans le décret qu'un échange régulier et sûr de données à caractère personnel doit avoir lieu entre le Gouvernement, les communes, le ZAWM, le Centre de pédagogie de soutien (ZFP), les écoles et le centre afin que ce dernier puisse remplir ses missions. La transmission mensuelle de données de contact et relatives à l'identité ainsi que de données relatives aux nouveau-nés et aux enfants nouvellement arrivés permet au centre d'entrer rapidement en contact avec les familles concernées afin de garantir le soutien et l'accompagnement nécessaires.

Les dispositions supplémentaires relatives à la transmission des listes d'élèves par les écoles maternelles, primaires et secondaires permettent la création et la gestion d'un dossier intégré de suivi actualisé et complet. Ceci est nécessaire pour assurer à la fois l'organisation des examens de la médecine scolaire et la surveillance de la santé, par exemple en cas de maladies contagieuses. L'ajout du numéro de registre national ou de tout autre numéro d'identification équivalent permet d'identifier la personne de manière unique et facilite le traitement des données.

Les finalités du traitement sont également fixées pour chaque catégorie de données. Pour chacune d'entre elles, renvoi est fait aux articles pertinents dans lesquels la finalité correspondante est exposée.

De plus, le Gouvernement propose de prévoir dans le décret que Kaleido puisse recourir aux données traitées pour établir des analyses et statistiques, et ce, afin de répondre au besoin croissant d'analyses et de statistiques basées sur ces données. L'établissement et les analyses de statistiques permettent de promouvoir le développement au niveau communal, de fournir des conseils au Gouvernement et aux communes, de mener des expertises et d'assurer la planification stratégique et la gestion de la qualité.

Est aussi fixée la durée pendant laquelle les données à caractère personnel peuvent être conservées afin de répondre aux exigences du RGPD. Les différents délais prennent en considération les finalités spécifiques du traitement des données et garantissent que les données à caractère personnel ne sont pas conservées plus longtemps que nécessaire. Parallèlement, ces règles contribuent à ce que le traitement des données respecte les exigences légales et professionnelles, comme dans le domaine des soins de santé. La définition claire de délais de conservation sert non seulement à la protection des données, mais aussi à la sécurité juridique pour tous les acteurs concernés.

La mise à disposition de données s'opère dans le respect des règles en matière de protection des données, notamment par la mise en place de mesures de sécurité appropriées. Ainsi, il est veillé à ce que les données ne puissent être consultées que par les personnes autorisées et à ce que le principe de la minimisation des données soit garanti.

COMMENTAIRE DES ARTICLES

L'article 1^{er} étend le champ d'application du décret du 31 mars 2014 relatif au centre pour le développement sain des enfants et des jeunes aux personnes concernées par la mission fixée dans le décret. Il faut également entendre par « écoles » le ZFP. C'est pourquoi ce dernier n'est pas explicitement inclus dans le champ d'application.

L'article 2 insère dans l'article 1.4 du même décret du 31 mars 2014 les définitions des termes suivants : « ZFP », « clients », « règlement général sur la protection des données » et « dossier intégré de suivi ».

L'article 3 apporte une précision à l'article 3.1 du même décret du 31 mars 2014 dans le cadre du RGPD en ce qui concerne les personnes concernées par l'objectif du centre.

L'article 4 apporte une précision à l'article 3.2 du même décret du 31 mars 2014 dans le cadre du RGPD en ce qui concerne les données recueillies.

L'article 5 autorise le centre à s'adresser individuellement aux enfants et aux jeunes dans le cadre du travail de prévention qu'il propose en guise de soutien aux écoles et au ZAWM.

Par ailleurs, cet article dispose que les élèves et les personnes chargées de l'éducation ne peuvent s'opposer à certaines mesures.

L'article 6 supprime la nécessité d'un contrat écrit entre le pouvoir organisateur ou l'Institut pour la formation et la formation continue dans les classes moyennes et les PME (IAWM) et le centre, si le pouvoir organisateur ou l'IAWM n'a pas conclu d'accord de coopération avec un autre centre psycho-médico-social. Dans ce cas, l'intervention du centre est obligatoire.

L'article 7 précise que les enfants sont aussi concernés, en tant que clients, par les droits et devoirs fixés dans l'article 3.7 du même décret du 31 mars 2014.

L'article 8 ajoute les examens dentaires préventifs volontaires en tant qu'examen de la médecine scolaire.

L'article 9 abroge l'article 3.16 du même décret du 31 mars 2014 dans le but d'intégrer son contenu dans le titre 4 intitulé « Dossier intégré de suivi de l'enfant ou du jeune, confidentialité et protection des données » (article 4.8).

L'article 10 modifie l'intitulé de l'article 3.18 du même décret du 31 mars 2014 et supprime la disposition qui précise qu'à défaut de refus exprès de l'examen, les personnes chargées de l'éducation de l'élève sont censées avoir marqué leur accord.

L'article 11 précise qu'un médecin examinateur travaille sous la responsabilité du centre.

L'article 12 ancre dans le décret l'enregistrement des données de vaccination collectées par le centre dans la base de données relative aux vaccinations. La Communauté germanophone ne met pas en place sa propre base de données relative aux vaccinations, mais compte collaborer avec la Communauté française à cet égard. Les bases juridiques nécessaires à cet effet seront bien entendu soumises tant à l'Autorité de protection des données qu'au Conseil d'État pour examen.

L'article 13 corrige l'intitulé du titre 4 au regard des corrections et compléments apportés aux articles 4.1 à 4.13 du même décret.

L'article 14 précise le contenu et la durée de conservation du dossier de suivi.

L'article 15 corrige, dans l'article 4.2 du même décret du 31 mars 2014, un renvoi afin de garantir la conformité avec le RGPD et, à des fins de précision, ajoute deux autres renvois.

L'article 16 dispose que les enfants ou jeunes mineurs d'âge, pour autant qu'ils possèdent la capacité de jugement nécessaire, ainsi que les jeunes majeurs ont le droit de consulter leur dossier intégré de suivi. La consultation du dossier a lieu au centre, sauf dans les cas exceptionnels justifiés, tels qu'un séjour de longue durée à l'étranger ou une incarcération.

Les articles 17, 18, 19 et 20 corrigent, à des fins de conformité avec le RGPD, les dispositions relatives à la confidentialité des données traitées, à la responsabilité du traitement des données et au traitement des données relatives à la santé.

En outre, il est établi que tous les membres du personnel du centre, sans exception, sont soumis au secret professionnel. Une violation de cette obligation constitue une infraction pénale et peut donner lieu à des poursuites pénales.

L'article 21 insère une liste détaillée de toutes les catégories de données qui sont traitées par le centre.

Les catégories de données à caractère personnel particulières au sens du RGPD ne peuvent être traitées que si elles sont absolument nécessaires à la question concrète posée dans le cadre de l'accompagnement. Le traitement est en outre soumis à des mesures de protection strictes. Pour cette raison, l'article 21 dispose qu'avant tout traitement de données sensibles, un examen au cas par cas doit avoir lieu pour ce qui est de la nécessité et de la proportionnalité.

L'article 22 ancre l'échange régulier et sûr de données à caractère personnel entre le Gouvernement, les communes, le ZAWM, le ZFP, les écoles et le centre afin de permettre à ce dernier de remplir sa mission le plus tôt possible et de garantir la mise à jour des données de contact et des données scolaires de tous les enfants, tous les jeunes et toutes les personnes chargées de l'éducation en vue d'organiser les examens de la médecine scolaire.

La transmission mensuelle de données de contact et relatives à l'identité ainsi que de données relatives aux nouveau-nés et aux enfants nouvellement arrivés permet au centre d'entrer rapidement en contact avec les familles concernées afin de garantir le soutien et l'accompagnement nécessaires.

Une prise de contact réalisée le plus tôt possible est nécessaire pour pouvoir proposer un soutien le plus rapidement possible, surtout dans les situations problématiques, dans le cadre de l'accomplissement de la mission du centre. L'obtention de données par le biais des communes augmente le nombre de prises de contact les plus précoces possibles et, en cas de fourniture du numéro de registre national, permettrait de garantir en outre une identification claire des clients. Le numéro de registre national permet également d'établir un lien correct avec les données d'élèves correspondantes et ainsi de réduire les sources d'erreur potentielles. Si un suivi par le centre n'est pas souhaité, cela serait consigné et le dossier ne serait activé qu'au moment de l'entrée à l'école dans le cadre des examens de la médecine scolaire obligatoires.

Les dispositions supplémentaires relatives à la transmission des listes d'élèves par les écoles maternelles, primaires et secondaires permettent la création et la gestion d'un dossier intégré de suivi actualisé et complet. Ceci est nécessaire pour assurer à la fois l'organisation des examens de la médecine scolaire et la surveillance de la santé, par exemple en cas de maladies contagieuses. L'ajout du numéro de registre national ou de tout autre numéro d'identification équivalent permet d'identifier la personne de manière unique et facilite le traitement des données.

Pour garantir un échange de données sécurisé, le centre prend des mesures de protection techniques et organisationnelles appropriées.

L'article 23 définit les finalités pour lesquelles les données à caractère personnel sont traitées par le centre.

L'article 24 précise à quelles fins les données destinées à l'établissement d'analyses et de statistiques sont utilisées.

L'article 25 détermine les cas dans lesquels les données à caractère personnel peuvent être transmises à des tiers.

L'article 26 fixe, par catégorie de données, la durée de conservation des données correspondantes.

L'article 27 fixe des mesures de sécurité concrètes que le centre doit mettre en œuvre dans le cadre du traitement des données.

L'article 28 précise le fonctionnement du centre, basé sur des données probantes, et ajoute expressément les coopérations avec des instituts de recherche, par exemple dans le cadre de projets pilotes.

L'article 29 insère l'utilisation d'enquêtes comme instrument de contrôle de la qualité.

L'article 30 prévoit l'entrée en vigueur du décret le jour de son adoption.

Le Ministre de l'Enseignement, de la Formation et de l'Emploi

J. FRANSSEN

AVANT-PROJET

Avant-projet de décret modifiant le décret du 31 mars 2014 relatif au centre pour le développement sain des enfants et des jeunes

Article 1^{er} – Dans l'article 1.1, alinéa 2, du décret du 31 mars 2014 relatif au centre pour le développement sain des enfants et des jeunes, les mots « ainsi qu'à toutes » sont remplacés par les mots « à toutes », et l'alinéa est complété par les mots « ainsi qu'aux personnes chargées de l'éducation et aux membres du personnel des écoles et du ZAWM ».

Art. 2 – À l'article 1.4 du même décret, les modifications suivantes sont apportées :

1° il est inséré un 1° rédigé comme suit :

« 1° dossier intégré de suivi : le dossier tenu par le centre concernant les enfants et les jeunes, dans lequel sont enregistrées toutes les informations pertinentes pour le suivi des enfants et des jeunes conformément à l'article 4.7, alinéa 1^{er}, 1° à 7°; »

2° il est inséré un 1.1° rédigé comme suit :

« 1.1° règlement général sur la protection des données : le règlement (UE) 2016/679 du Parlement européen et du Conseil du 27 avril 2016 relatif à la protection des personnes physiques à l'égard du traitement des données à caractère personnel et à la libre circulation de ces données, et abrogeant la directive 95/46/CE (règlement général sur la protection des données); »

3° le 1° devient le 1.2°;

4° il est inséré un 5.1° rédigé comme suit :

« 5.1° clients : les enfants et les jeunes, les femmes enceintes, les membres du personnel des écoles et du ZAWM et les personnes chargées de l'éducation qui sont suivis par le centre; »

5° au 17°, le point en fin de phrase est remplacé par un point-virgule;

6° l'article est complété par un 18° rédigé comme suit :

« 18° ZFP : le centre de pédagogie de soutien. »

Art. 3 – À l'article 3.1 du même décret, les modifications suivantes sont apportées :

1° au 1°, les mots « en DG » sont abrogés et le 1° est complété par les mots « , le soutien aux femmes enceintes en situation précaire, l'accompagnement et l'orientation des personnes chargées de l'éducation et des familles ainsi que des membres du personnel des écoles et du ZAWM »;

2° au 7°, le point en fin de phrase est remplacé par un point-virgule;

3° l'article est complété par un 8° rédigé comme suit :

« 8° prévenir le radicalisme violent. »

Art. 4 – Dans l'article 3.2 du même décret, l'alinéa 1^{er} est complété par la phrase suivante : « Les constatations pertinentes faites dans le cadre d'actions de prévention peuvent être utilisées pour des entretiens-conseils ciblés ainsi que pour des analyses statistiques. »

Art. 5 – Dans l'article 3.4 du même décret, modifié par les décrets des 20 juin 2016, 28 mars 2022 et 26 juin 2023, il est inséré entre les alinéas 1^{er} et 2, qui devient l'alinéa 5, trois alinéas rédigés comme suit :

« Dans le cadre de son travail de prévention, le centre est autorisé à s'adresser individuellement aux enfants et aux jeunes dans des situations particulières. Les particularités qui ressortent de l'observation et de l'animation de groupes et de classes peuvent être consignées.

Le centre ne peut poursuivre l'entretien-conseil individuel mené avec l'élève que si l'élève possédant la capacité de jugement nécessaire ou les personnes chargées de l'éducation de l'élève ne possédant pas la capacité de jugement nécessaire ont donné leur accord.

Les élèves et les personnes chargées de l'éducation ne peuvent s'opposer :

- 1° aux examens de la médecine scolaire obligatoires sous réserve des dispositions de l'article 3.18, § 2;
- 2° aux mesures prises en cas de maladies contagieuses;
- 3° au suivi de classe par le centre;
- 4° au dialogue dans des situations particulières dans le cadre du travail de prévention. »

Art. 6 – Dans l'article 3.5 du même décret, l'alinéa 3 est remplacé par ce qui suit :

« Si un pouvoir organisateur ou l'IAWM n'a pas, pour ses écoles et le ZAWM, conclu d'accord de coopération avec un autre centre psycho-médico-social, il est tenu de collaborer avec le centre conformément aux conditions mentionnées dans le présent décret. »

Art. 7 – À l'article 3.7 du même décret, les modifications suivantes sont apportées :

- 1° dans le § 2, alinéa 2, les mots « , les enfants » sont insérés entre les mots « les personnes chargées de l'éducation » et les mots « , les jeunes »;
- 2° dans le § 3, alinéa 1^{er}, les mots « des enfants et » sont insérés entre les mots « à la guidance » et les mots « des jeunes »;
- 3° dans le § 5, alinéa 1^{er}, les mots « jeunes inscrits » sont remplacés par les mots « enfants et aux jeunes inscrits », et les mots « jeunes suivis » sont remplacés par les mots « enfants et aux jeunes suivis ».

Art. 8 – Dans l'article 3.15, § 1^{er}, alinéa 1^{er}, du même décret, modifié par le décret du 22 juin 2020, les modifications suivantes sont apportées :

- 1° au 3°, le point en fin de phrase est remplacé par un point-virgule;
- 2° l'alinéa est complété par un 4° rédigé comme suit :
« 4° examens dentaires préventifs facultatifs pour tous les enfants en deuxième année de section maternelle ainsi que pour les enfants chez lesquels on a constaté, dans le cadre d'un examen de la médecine scolaire, qu'ils présentent des anomalies dentaires ou qu'ils n'ont encore jamais subi d'examen dentaire préventif. »

Art. 9 – L'article 3.16 du même décret est abrogé.

Art. 10 – À l'article 3.18 du même décret, modifié par le décret du 26 juin 2023, les modifications suivantes sont apportées :

- 1° dans l'intitulé, le mot « Accord » est remplacé par le mot « Refus »;
- 2° le § 1^{er} est abrogé.

Art. 11 – À l'article 3.19 du même décret, modifié par le décret du 26 juin 2023, les modifications suivantes sont apportées :

- 1° dans le § 1^{er}, alinéa 1^{er}, les mots « du centre » sont insérés entre les mots « médecin examinateur » et le mot « communique »;
- 2° dans le § 1^{er}, alinéa 2, les mots « du centre » sont insérés entre les mots « médecin examinateur » et le mot « communique »;
- 3° dans le § 1^{er}, alinéa 3, les mots « du centre » sont insérés entre les mots « médecin examinateur » et le mot « communique »;
- 4° dans le § 2, alinéa 1^{er}, les mots « du centre » sont insérés entre les mots « médecin examinateur » et le mot « vérifie »;
- 5° dans le § 2, alinéa 2, 2°, les mots « du centre » sont insérés entre les mots « médecin examinateur » et les mots « leur expliquera »;
- 6° dans le § 2, alinéa 2, 3°, les mots « du centre » sont insérés entre les mots « médecin examinateur » et les mots « , afin de donner ».

Art. 12 – Dans l'article 3.20, § 2, du même décret, les modifications suivantes sont apportées :

1° dans l'alinéa 1^{er}, la phrase est complétée par les mots suivants : « , et sont enregistrées dans une base de données relative aux vaccinations conformément aux dispositions légales applicables »;

2° le paragraphe est complété par un alinéa rédigé comme suit :

« L'enregistrement des données de vaccination dans la base de données relative aux vaccinations est effectué par le centre, pour autant que les personnes chargées de l'éducation ne s'y opposent pas par écrit. Un tel refus n'a aucune incidence sur les examens médicaux et l'administration des vaccins. »

Art. 13 – L'intitulé du titre 4 du même décret est remplacé par ce qui suit :

« Titre 4 – Dossier intégré de suivi de l'enfant ou du jeune, confidentialité et protection des données ».

Art. 14 – Dans l'article 4.1 du même décret, modifié par le décret du 26 juin 2023, les alinéas 2 à 4 sont remplacés par l'alinéa suivant :

« Le dossier de suivi contient les données mentionnées à l'article 4.7, alinéa 1^{er}, 1° à 7°. Ledit dossier est clôturé à la majorité de l'enfant ou du jeune ou à la fin de son suivi si celui-ci se poursuit au-delà de la majorité de l'enfant ou du jeune, et il est ensuite archivé jusqu'à expiration du délai mentionné à l'article 4.12. »

Art. 15 – L'article 4.2 du même décret est remplacé par ce qui suit :

« Art. 4.2 – *Coopération*

Sans préjudice des dispositions figurant dans le sous-titre 2 du titre 4, les personnes occupées par le centre et chargées de gérer un dossier de suivi en exécution du présent décret sont tenues de coopérer avec les personnes qui interviennent également dans le cadre d'un travail de suivi dans l'intérêt de l'enfant ou du jeune conformément à l'article 3.2, alinéa 6. Elles sont notamment informées des mesures déjà entreprises.

Dans le cadre de la coopération, la répartition des compétences et missions de chacun ainsi que les exigences prévues à l'article 4.9 sont respectées. »

Art. 16 – À l'article 4.3 du même décret, les modifications suivantes sont apportées :

1° l'intitulé est complété par les mots « et d'accès »;

2° dans le § 1^{er}, l'alinéa 1^{er} est complété par la phrase suivante : « Sauf dans les cas exceptionnels justifiés, la consultation du dossier a lieu au centre. »;

3° dans le § 2, alinéa 1^{er}, les mots « après information » sont remplacés par les mots « après information et accord »;

4° dans le § 3, alinéa 4, les mots « Ils ont droit » sont remplacés par les mots « Ils ont droit, après avoir consulté le dossier, »;

5° le § 4 est remplacé par ce qui suit :

« § 4 – Sans préjudice des dispositions fixées aux §§ 1^{er} à 3, les personnes mentionnées à l'article 4.7 disposent d'un droit d'accès en ce qui concerne les données à caractère personnel traitées à leur sujet. »

Art. 17 – L'intitulé du sous-titre 2 du titre 4 du même décret est remplacé par ce qui suit :

« Sous-titre 2 – Confidentialité et protection des données ».

Art. 18 – L'article 4.4 du même décret est remplacé par ce qui suit :

« *Art. 4.4 – Confidentialité*

Les membres du personnel du centre sont soumis au secret professionnel.

Sans préjudice de dispositions légales ou décrétales contraires, toutes les autres personnes parties prenantes à l'exécution du présent décret et de ses dispositions d'exécution, y compris les destinataires des données mentionnés à l'article 4.11, sont tenus de traiter confidentiellement les données qui leur sont confiées dans le cadre de l'exercice de leurs missions. »

Art. 19 – L'article 4.5 du même décret est remplacé par ce qui suit :

« *Art. 4.5 – Responsable du traitement des données*

Sans préjudice de l'article 4.6, le centre est responsable du traitement des données à caractère personnel mentionnées à l'article 4.7. Le centre est réputé responsable du traitement de ces données au sens de l'article 4, 7), du règlement général sur la protection des données. »

Art. 20 – L'article 4.6 du même décret, modifié par le décret du 28 juin 2021, est remplacé par ce qui suit :

« *Art. 4.6 – Traitement de données relatives à la santé*

Le traitement de données relatives à la santé des personnes concernées s'opère sous la responsabilité d'un professionnel des soins de santé occupé auprès du centre ou d'un autre professionnel soumis au secret professionnel. »

Art. 21 – L'article 4.7 du même décret est remplacé par ce qui suit :

« *Art. 4.7 – Catégories de données*

Pour autant qu'elles soient pertinentes dans le cadre du travail avec le client, le centre peut, conformément à l'article 4.8, traiter les données à caractère personnel des catégories suivantes :

1° en ce qui concerne les futures mères en situation précaire :

a) les données relatives à l'identité et les données de contact : le nom, le prénom, l'adresse, l'adresse électronique et le numéro de téléphone fixe ou portable;

b) le numéro de registre national ou un autre numéro d'identification officiel équivalent pour les clients qui ne disposent pas d'un numéro de registre national;

c) les données relatives à l'état de santé : les informations concernant la grossesse et les maladies ainsi que les certificats médicaux;

d) les données relatives aux formations suivies : le parcours scolaire et le diplôme de fin d'études;

e) les données relatives à la profession et à la fonction : l'employeur actuel, le titre professionnel et la description de la profession;

f) les données relatives aux habitudes de vie : les habitudes de consommation et les réseaux sociaux, dans la mesure où ces données sont pertinentes pour la fourniture de conseils;

g) les données relatives aux caractéristiques personnelles : la date de naissance;

h) les données relatives aux caractéristiques du logement : les spécificités du logement;

i) les données financières : les revenus et dépenses, les moyens financiers disponibles, les prestations sociales et le numéro de compte;

j) la composition du ménage : les noms, l'âge et la relation avec et entre les personnes vivant au sein du même ménage;

2° en ce qui concerne les membres du personnel des écoles et du ZAWM :

a) les données relatives à l'identité et les données de contact : le nom, le prénom, l'adresse, l'adresse électronique et le numéro de téléphone fixe ou portable;

- b) les données relatives aux caractéristiques personnelles : la date de naissance et l'état civil;
 - c) les données relatives à la profession et à la fonction : l'employeur actuel, le titre professionnel et la description de la profession;
 - d) les notes concernant les demandes formulées dans le cadre de conseils sur le travail avec les élèves et les classes : la question posée et les besoins de la personne concernée identifiés dans ce cadre, ainsi que les mesures prises à cet égard;
- 3° en ce qui concerne les enfants âgés de douze ans au plus :
- a) les données relatives à l'identité et les données de contact : le nom, le prénom, l'adresse, l'adresse électronique et le numéro de téléphone fixe ou portable;
 - b) les données relatives aux caractéristiques personnelles : la date de naissance, la nationalité, le lieu de naissance, l'âge ainsi que le sexe;
 - c) le numéro de registre national ou un autre numéro d'identification officiel équivalent pour les clients qui ne disposent pas d'un numéro de registre national;
 - d) les données relatives à la fréquentation scolaire et à la formation;
 - e) les données relatives à l'état de santé : le poids, la taille, le développement et les particularités anatomiques, les capacités visuelles et auditives, la santé dentaire, les données de vaccination, le développement cognitif et du langage, le développement émotionnel et social, les mesures de soutien ainsi que les maladies contagieuses;
 - f) les données relatives aux antécédents médicaux : la naissance, les allergies, les capacités visuelles et auditives, les données de vaccination ainsi que les maladies;
 - g) les données relatives aux centres d'intérêt personnels : les loisirs et le sport;
 - h) les données relatives aux habitudes de vie : les réseaux sociaux, l'alimentation, le sommeil, le sport et les habitudes de consommation;
 - i) les données relatives à la composition du ménage : les noms, l'âge et la relation avec et entre les personnes vivant au sein du même ménage;
 - j) les données relatives à la consommation de médias numériques : le type de médias ainsi que le temps passé devant les écrans;
 - k) les données relatives aux caractéristiques du logement : les spécificités du logement;
 - l) les données relatives aux enquêtes ou aux procédures judiciaires :
 - les données transmises au centre par les autorités judiciaires dans le cadre de mandats;
 - les contenus des avis de services spécialisés externes qui sont communiqués au centre par les personnes chargées de l'éducation pour donner un aperçu de la situation globale de l'enfant ou du jeune;
 - les données qui sont communiquées volontairement dans le cadre de l'accompagnement psychosocial des jeunes ou des familles, pour autant qu'elles soient pertinentes pour l'évaluation de la situation familiale ou sociale;
 - m) les données relatives à l'opinion politique, dans la mesure où elles jouent un rôle majeur dans le cadre du travail du point de contact pour la prévention du radicalisme violent et dans le cadre de l'accompagnement psychosocial des jeunes dont l'opinion politique revêt une grande importance en ce qui concerne leur comportement et les conséquences qui en découlent;
 - n) les données relatives à l'origine culturelle ou ethnique, dans la mesure où elles jouent un rôle majeur dans le cadre de l'accompagnement psychosocial des enfants ou des jeunes dont l'origine culturelle ou ethnique peut revêtir une grande importance en ce qui concerne leur comportement ou leur vie affective et les conséquences qui en découlent, ainsi que dans le cadre du travail du point de contact pour la prévention du radicalisme violent;
 - o) les données relatives à la religion ou aux convictions philosophiques, dans la mesure où elles jouent un rôle majeur dans le cadre du travail du point de contact pour la prévention du radicalisme violent ainsi que dans le cadre de l'accompagnement psychosocial des jeunes dont la religion ou les convictions philosophiques revêtent une grande importance en ce qui concerne leur comportement ou leur vie affective et les conséquences qui en découlent;
 - p) les données relatives aux demandes en lien avec le client : la question posée et les besoins de la personne concernée identifiés dans ce cadre, ainsi que les mesures prises à cet égard;

q) les données relatives à l'orientation sexuelle, dans la mesure où elles jouent un rôle majeur dans le cadre de l'accompagnement psychosocial des enfants dont l'orientation sexuelle revêt une grande importance en ce qui concerne leur comportement ou leur vie affective et les conséquences qui en découlent;

4° en ce qui concerne les mineurs âgés de treize ans au moins :

a) les données relatives à l'identité et les données de contact : le nom, le prénom, l'adresse, l'adresse électronique et le numéro de téléphone fixe ou portable;

b) les données relatives aux caractéristiques personnelles : la date de naissance, la nationalité, le lieu de naissance, l'âge ainsi que le sexe;

c) le numéro de registre national ou un autre numéro d'identification officiel équivalent pour les clients qui ne disposent pas d'un numéro de registre national;

d) les données relatives à la fréquentation scolaire et à la formation;

e) les données relatives à la profession et à la fonction des personnes chargées de l'éducation : l'employeur actuel, le titre professionnel et la description de la profession;

f) les données relatives à l'état de santé : le poids, la taille, le développement et les particularités anatomiques, les capacités visuelles et auditives, la santé dentaire, les données de vaccination, le développement cognitif et du langage, le développement émotionnel et social, les mesures de soutien ainsi que les maladies contagieuses;

g) les données relatives aux antécédents médicaux : la naissance, les allergies, les capacités visuelles et auditives, les données de vaccination ainsi que les maladies;

h) les données relatives aux centres d'intérêt personnels : les loisirs et le sport;

i) les données relatives aux habitudes de vie : les réseaux sociaux, l'alimentation, le sommeil, le sport et les habitudes de consommation;

j) les données relatives à la composition du ménage : le nombre et l'âge des personnes qui vivent au sein du ménage, les liens de parenté, les relations en ce qui concerne la garde des enfants;

k) les données relatives à la consommation de médias numériques : le temps passé devant les écrans;

l) les données relatives aux caractéristiques du logement : les spécificités du logement;

m) les données relatives aux infractions présumées;

n) les données relatives aux enquêtes ou aux procédures judiciaires :

- les données transmises au centre par les autorités judiciaires dans le cadre de mandats;

- les contenus des avis de services spécialisés externes qui sont communiqués au centre par les personnes chargées de l'éducation pour donner un aperçu de la situation globale de l'enfant ou du jeune;

- les données qui sont communiquées volontairement dans le cadre de l'accompagnement psychosocial des jeunes ou des familles, pour autant qu'elles soient pertinentes pour l'évaluation de la situation familiale ou sociale;

o) les données relatives à l'opinion politique, dans la mesure où elles jouent un rôle majeur dans le cadre du travail du point de contact pour la prévention du radicalisme violent et dans le cadre de l'accompagnement psychosocial des jeunes dont l'opinion politique revêt une grande importance en ce qui concerne leur comportement et les conséquences qui en découlent;

p) les données relatives à l'origine culturelle ou ethnique, dans la mesure où elles jouent un rôle majeur dans le cadre de l'accompagnement psychosocial des enfants ou des jeunes dont l'origine culturelle ou ethnique peut revêtir une grande importance en ce qui concerne leur comportement ou leur vie affective et les conséquences qui en découlent, ainsi que dans le cadre du travail du point de contact pour la prévention du radicalisme violent;

q) les données relatives à la religion ou aux convictions philosophiques, dans la mesure où elles jouent un rôle majeur dans le cadre du travail du point de contact pour la prévention du radicalisme violent ainsi que dans le cadre de l'accompagnement psychosocial des jeunes dont la religion ou les convictions philosophiques revêtent une grande importance en ce qui concerne leur comportement ou leur vie affective et les conséquences qui en découlent;

r) les données relatives aux demandes en lien avec le client : la question posée et les besoins de la personne concernée identifiés dans ce cadre, ainsi que les mesures prises à cet égard;

s) les données relatives à l'orientation sexuelle, pour autant que cette information joue un rôle dans le processus de recherche d'identité;

5° en ce qui concerne les élèves majeurs ou les étudiants :

a) les données relatives à l'identité et les données de contact : le nom, le prénom, l'adresse, l'adresse électronique et le numéro de téléphone fixe ou portable;

b) les données relatives aux caractéristiques personnelles : la date de naissance, la nationalité, le lieu de naissance, l'âge, l'état civil ainsi que le sexe;

c) le numéro de registre national ou un autre numéro d'identification officiel équivalent pour les clients qui ne disposent pas d'un numéro de registre national;

d) les données relatives à la fréquentation scolaire et aux formations suivies;

e) les données relatives à la profession pour laquelle l'élève effectue un apprentissage : l'entreprise formatrice et l'intitulé de la formation;

f) les données relatives à l'état de santé : le poids, la taille, le développement et les particularités anatomiques, les capacités visuelles et auditives, la santé dentaire, les données de vaccination, le développement cognitif et du langage, le développement émotionnel et social, les mesures de soutien ainsi que les maladies contagieuses;

g) les données relatives aux antécédents médicaux : la naissance, les allergies, les capacités visuelles et auditives, les données de vaccination ainsi que les maladies;

h) les données relatives aux centres d'intérêt personnels : les loisirs et le sport;

i) les données relatives aux habitudes de vie : les réseaux sociaux, l'alimentation, le sommeil, le sport et les habitudes de consommation;

j) les données relatives à la composition du ménage : le nombre et l'âge des personnes qui vivent au sein du ménage, les liens de parenté, les relations en ce qui concerne la garde des enfants;

k) les données relatives aux habitudes de consommation : les comportements de consommation;

l) les données relatives aux caractéristiques du logement : les spécificités du logement;

m) les données relatives aux infractions présumées;

n) les données relatives aux enquêtes ou aux procédures judiciaires :

- les données transmises au centre par les autorités judiciaires dans le cadre de mandats;

- les contenus des avis de services spécialisés externes qui sont communiqués au centre par les personnes chargées de l'éducation pour donner un aperçu de la situation globale de l'enfant ou du jeune;

- les données qui sont communiquées volontairement dans le cadre de l'accompagnement psychosocial des jeunes ou des familles, pour autant qu'elles soient pertinentes pour l'évaluation de la situation familiale ou sociale;

o) les données relatives à l'opinion politique, dans la mesure où elles jouent un rôle majeur dans le cadre du travail du point de contact pour la prévention du radicalisme violent et dans le cadre de l'accompagnement psychosocial des jeunes dont l'opinion politique revêt une grande importance en ce qui concerne leur comportement et les conséquences qui en découlent;

p) les données relatives à l'origine culturelle ou ethnique, dans la mesure où elles jouent un rôle majeur dans le cadre de l'accompagnement psychosocial des enfants ou des jeunes dont l'origine culturelle ou ethnique peut revêtir une grande importance en ce qui concerne leur comportement ou leur vie affective et les conséquences qui en découlent, ainsi que dans le cadre du travail du point de contact pour la prévention du radicalisme violent;

q) les données relatives à la religion ou aux convictions philosophiques, dans la mesure où elles jouent un rôle majeur dans le cadre du travail du point de contact pour la prévention du radicalisme violent ainsi que dans le cadre de l'accompagnement psychosocial des jeunes dont la religion ou les convictions philosophiques revêtent une grande importance en ce qui concerne leur comportement ou leur vie affective et les conséquences qui en découlent;

r) les données relatives aux demandes en lien avec le client : la question posée et les besoins de la personne concernée identifiés dans ce cadre, ainsi que les mesures prises à cet égard;

s) les données relatives à l'orientation sexuelle, pour autant que cette information joue un rôle dans le processus de recherche d'identité;

6° en ce qui concerne les personnes chargées de l'éducation :

- a) les données relatives à l'identité et les données de contact : le nom, le prénom, l'adresse, l'adresse électronique et le numéro de téléphone fixe ou portable;
 - b) les données relatives aux caractéristiques personnelles : la date de naissance, le sexe et la langue;
 - c) le numéro de registre national ou un autre numéro d'identification officiel équivalent pour les clients qui ne disposent pas d'un numéro de registre national;
 - d) les données relatives à l'état de santé : les informations concernant la grossesse et la naissance de l'enfant ainsi que les informations portant sur les antécédents familiaux en lien avec la santé de l'enfant;
 - e) les données relatives aux formations suivies;
 - f) les données relatives à la profession et à la fonction;
 - g) les données relatives aux habitudes de vie : les réseaux sociaux et les habitudes de consommation;
 - h) les données relatives aux mesures juridiques : la mise sous tutelle;
 - i) les données relatives aux infractions présumées;
 - j) les données relatives aux condamnations et aux peines;
 - k) les données relatives aux enquêtes ou aux procédures judiciaires :
 - les données transmises au centre par les autorités judiciaires dans le cadre de mandats;
 - les contenus des avis de services spécialisés externes qui sont communiqués au centre par les personnes chargées de l'éducation pour donner un aperçu de la situation globale de l'enfant ou du jeune;
 - les données qui sont communiquées volontairement dans le cadre de l'accompagnement psychosocial des jeunes ou des familles, pour autant qu'elles soient pertinentes pour l'évaluation de la situation familiale ou sociale;
 - l) les données relatives à la composition du ménage : les noms, l'âge et la relation avec et entre les personnes vivant au sein du même ménage;
 - m) les données relatives aux centres d'intérêt personnels : les loisirs et le sport;
 - n) les données relatives aux caractéristiques du logement : les spécificités du logement;
 - o) les données relatives à l'origine culturelle ou ethnique, dans la mesure où elles jouent un rôle majeur dans le cadre de l'accompagnement psychosocial des enfants ou des jeunes dont l'origine culturelle ou ethnique peut revêtir une grande importance en ce qui concerne leur comportement ou leur vie affective et les conséquences qui en découlent, ainsi que dans le cadre du travail du point de contact pour la prévention du radicalisme violent;
 - p) les données relatives à la religion ou aux convictions philosophiques, dans la mesure où elles jouent un rôle majeur dans le cadre du travail du point de contact pour la prévention du radicalisme violent ainsi que dans le cadre de l'accompagnement psychosocial des jeunes dont la religion ou les convictions philosophiques revêtent une grande importance en ce qui concerne leur comportement ou leur vie affective et les conséquences qui en découlent;
 - q) les données financières : le numéro de compte;
 - r) les données relatives au statut d'immigration : les données concernant le visa ainsi que celles concernant les restrictions de séjour ou de voyage;
- 7° en ce qui concerne les autres personnes faisant partie de l'entourage du client :
- a) les autres informations qui sont transmises au centre dans le cadre du suivi du client;
 - b) les données relatives à l'état de santé des grands-parents et des frères et sœurs en ce qui concerne les antécédents familiaux en lien avec la santé de l'enfant;
 - c) les informations concernant les personnes qui sont en relation avec le client dans le contexte de la question d'un accompagnement et qui sont utiles dans le cadre de l'accompagnement;
- 8° en ce qui concerne les médecins qui travaillent pour le centre en percevant des honoraires :
- a) les données relatives à l'identité et les données de contact : le nom, le prénom, l'adresse, l'adresse électronique et le numéro de téléphone fixe ou portable;
 - b) le numéro de registre national ou un autre numéro d'identification officiel équivalent pour les médecins qui ne disposent pas d'un numéro de registre national;
 - c) le numéro d'entreprise;

d) un extrait du casier judiciaire, conformément à l'article 596, alinéa 2, du Code d'instruction criminelle;

e) les données relatives aux formations suivies;

f) les données financières : les coordonnées bancaires;

9° en ce qui concerne les référents qui travaillent pour le centre en percevant des honoraires :

a) les données relatives à l'identité et les données de contact : le nom, le prénom, l'adresse, l'adresse électronique et le numéro de téléphone fixe ou portable;

b) le numéro de registre national ou un autre numéro d'identification officiel équivalent pour les référents qui ne disposent pas d'un numéro de registre national;

c) le numéro d'entreprise;

d) un extrait du casier judiciaire, conformément à l'article 596, alinéa 2, du Code d'instruction criminelle;

e) les données relatives aux formations suivies;

f) les données financières : les coordonnées bancaires;

10° en ce qui concerne les personnes qui soutiennent le centre à titre bénévole :

a) les données relatives à l'identité et les données de contact : le nom, le prénom, l'adresse, l'adresse électronique et le numéro de téléphone fixe ou portable;

b) le numéro de registre national ou un autre numéro d'identification officiel équivalent pour les bénévoles qui ne disposent pas d'un numéro de registre national;

c) un extrait du casier judiciaire, conformément à l'article 596, alinéa 2, du Code d'instruction criminelle;

d) les données financières : les coordonnées bancaires;

11° en ce qui concerne les membres du personnel du centre :

a) les données relatives à l'identité et les données de contact : le nom, le prénom, l'adresse, l'adresse électronique ainsi que le numéro de téléphone fixe ou portable;

b) le numéro de registre national ou un autre numéro d'identification officiel équivalent pour les membres du personnel qui ne disposent pas d'un numéro de registre national;

c) les données relatives aux caractéristiques personnelles : la date de naissance, le lieu de naissance, la nationalité, l'âge, l'état civil, la composition du ménage et le sexe;

d) les données relatives à la situation familiale : le cas échéant, le nom et la date de naissance des enfants, les données concernant le conjoint, ainsi que l'acte de mariage, de séparation ou de divorce;

e) les données relatives aux formations suivies : les diplômes ainsi que les attestations de recyclages et de formations continues;

f) les données relatives à la profession et à la fonction : le parcours professionnel, l'arrêté de nomination, les contrats de travail et les éventuels avenants, les évaluations, la détermination de l'ancienneté financière, les régimes de congé, les documents relatifs à la pension, l'avancement et la promotion, la réduction du temps de travail, les autorisations d'emplois complémentaires ainsi que les démissions et licenciements;

g) les données financières : les coordonnées bancaires, la situation fiscale, en ce compris les personnes à charge ainsi que les déclarations de créances, entre autres dans le domaine des déplacements de service et des trajets domicile-travail;

h) les enregistrements d'image : les photos du personnel;

i) les données relatives à la santé en ce qui concerne la justification des absences : les arrêts maladie, les rapports de la médecine du travail et les informations concernant une grossesse existante au vu des contraintes relatives au poste de travail;

j) le numéro d'immatriculation du véhicule;

k) les données relatives au service militaire effectué : le certificat de milice;

l) l'extrait du casier judiciaire, condition préalable à un engagement.

Pour chaque traitement des catégories de données énumérées ci-après, le centre procède à un examen documenté au cas par cas pour ce qui est de la nécessité et de la proportionnalité :

1° les catégories de données mentionnées à l'alinéa 1^{er}, 3°, e), f), l), m), n), o) et q);

2° les catégories de données mentionnées à l'alinéa 1^{er}, 4°, f), g), m), n), o), p), q) et s);

- 3° les catégories de données mentionnées à l'alinéa 1^{er}, 5°, f), g), m), n), o), p), q) et s);
- 4° les catégories de données mentionnées à l'alinéa 1^{er}, 6°, i), j), k), o) et p);
- 5° la catégorie de données mentionnée à l'alinéa 1^{er}, 7°, b). »

Art. 22 – L'article 4.8 du même décret est remplacé par ce qui suit :

« *Art. 4.8 – Transmission régulière de données*

§ 1^{er} – En vue d'une première prise de contact du centre avec les familles aux fins de l'accomplissement des missions fixées à l'article 3.3, le Gouvernement transmet au centre au moins une fois par mois les données suivantes :

1° les données relatives à l'identité et les données de contact du demandeur de la prime de naissance conformément au chapitre 3, section 1^{re}, du décret du 23 avril 2018 relatif aux prestations familiales, lequel a son domicile en région de langue allemande;

2° les informations relatives à la date d'accouchement prévue ainsi que la date de naissance effective.

Les données sont enregistrées par le centre et conservées conformément aux délais mentionnés à l'article 4.12.

La transmission des données s'effectue au moyen d'un logiciel de portail web en respectant les mesures de sécurité suivantes :

1° Le portail est protégé par un mot de passe distinct pour le Gouvernement et le centre.

2° Le centre peut consulter uniquement les données nécessaires à la mise en œuvre de sa mission décrite à l'article 3.3.

§ 2 – Les communes transmettent mensuellement au centre les données de contact, y compris les numéros de registre national ou un numéro d'identification équivalent, des nouveau-nés et des enfants nouvellement arrivés âgés de trois ans au plus.

§ 3 – L'échange externe de données est effectué sans préjudice de l'article 4.4.

§ 4 – Pour l'établissement et la mise à jour du dossier intégré de suivi mentionné à l'article 4.1, les données énumérées ci-après sont transmises au centre :

1° Le Gouvernement transmet au centre chaque année :

a) pour le 1^{er} novembre au plus tard et pour le 1^{er} mars au plus tard la liste de tous les élèves qui sont inscrits dans une école ordinaire ou spécialisée en Communauté germanophone pour l'année scolaire en cours;

b) pour le 1^{er} février au plus tard la liste de tous les élèves qui sont inscrits comme suivant un enseignement à domicile en Communauté germanophone pour l'année scolaire en cours. Ensuite, toutes les informations concernant les nouvelles inscriptions à l'enseignement à domicile sont transmises régulièrement au centre jusqu'à la fin de l'année scolaire concernée.

2° Le ZAWM transmet au centre au plus tard le 1^{er} novembre de chaque année la liste de tous les élèves inscrits au ZWAM pour l'année scolaire en cours.

3° Le ZFP transmet au centre au plus tard le 1^{er} février de chaque année la liste de tous les élèves accompagnés dans le cadre de programmes spécifiques du ZFP pour l'année scolaire en cours. Ensuite, toutes les informations concernant les nouvelles inscriptions dans la forme d'enseignement concernée sont transmises au centre jusqu'à la fin de l'année scolaire concernée.

4° Les écoles transmettent au centre deux fois par an les listes contenant les informations pertinentes sur les élèves primo-arrivants. À la demande du centre, les écoles lui transmettent en outre les informations pertinentes concernant des élèves spécifiques, également à un autre moment, conformément à l'article 3.5.

5° Les écoles fondamentales transmettent au centre aux fins de l'anamnèse mentionnée à l'article 3.15, § 2, alinéa 1^{er}, 1°, des informations concernant d'éventuels troubles chez les enfants.

Les listes d'élèves mentionnées à l'alinéa 1^{er}, 1° à 4°, comprennent les données d'identification, les données de contact, les données relatives aux caractéristiques personnelles et à l'inscription scolaire en cours ainsi que le numéro de registre national ou un numéro d'identification officiel équivalent unique.

Sans préjudice de l'alinéa 2, les listes mentionnées à l'alinéa 1^{er}, 4°, reprennent le pays d'origine et les pays de transit éventuels aux fins de la détection d'éventuelles maladies contagieuses dans l'environnement scolaire.

§ 5 – Afin de garantir la sécurité des transmissions de données, le centre recourt à des mesures techniques et organisationnelles appropriées conformément à l'article 32 du règlement général sur la protection des données. »

Art. 23 – L'article 4.9 du même décret, modifié par les décrets des 28 juin 2021 et 15 décembre 2021, est remplacé par ce qui suit :

« *Art. 4.9 – Finalités du traitement*

Sous réserve des dispositions légales qui fixent par ailleurs les prescriptions pour le centre dans le cadre du traitement des données à caractère personnel, le centre collecte et traite des données à caractère personnel aux fins suivantes :

1° les finalités prévues aux articles 3.1, 3.2, 3.3, 3.8, 3.9, 3.27 et 4.1, pour ce qui est des catégories de données mentionnées à l'article 4.7, alinéa 1^{er}, 1°;

2° les finalités prévues aux articles 3.1, 3.2, 3.3, 3.4, notamment alinéa 1^{er}, 8°, 3.5, 3.6, 3.8, 3.9 et 5.2 et à l'article 10.2 du décret du 1^{er} juin 2004 relatif à la promotion de la santé et à la prévention médicale, pour ce qui est des catégories de données mentionnées à l'article 4.7, alinéa 1^{er}, 2°;

3° les finalités prévues aux articles 3.1, 3.2, 3.3, 3.4, 3.8, 3.9, 3.15, 3.17, 3.18, § 2, alinéa 3, 2° et 3°, 3.19, 3.20, 3.26, 3.27, 3.28, 3.29, 3.30, 3.31, 4.1, 4.8 et 5.1, pour ce qui est des catégories de données mentionnées à l'article 4.7, alinéa 1^{er}, 3°;

4° les finalités prévues aux articles 3.1, 3.2, 3.3, 3.4, 3.5, 3.6, 3.8, 3.9, 3.15, 3.17, 3.18, 3.19, 3.20, 3.26, 3.28, 3.29, 3.30, 3.31, 4.1, 4.8 et 5.1, pour ce qui est des catégories de données mentionnées à l'article 4.7, alinéa 1^{er}, 4°;

5° les finalités prévues aux articles 3.1, 3.2, 3.3, 3.4, 3.5, 3.6, 3.8, 3.9, 3.15, 3.17, 3.18, 3.19, 3.20, 3.28, 3.29, 3.30, 3.31, 4.1 et 4.8, pour ce qui est des catégories de données mentionnées à l'article 4.7, alinéa 1^{er}, 5°;

6° les finalités prévues aux articles 3.1, 3.2, 3.3, 3.4, 3.5, 3.6, 3.8, 3.9, 3.15, 3.17, 3.18, 3.19, 3.20, 3.21, 3.26, 3.28, 3.29, 3.30, 3.31, 4.1, 4.8 et 5.1, pour ce qui est des catégories de données mentionnées à l'article 4.7, alinéa 1^{er}, 6°;

7° les finalités prévues aux articles 3.1, 3.2, 3.3, 3.4, 3.5, 3.6, 3.8, 3.26, 3.27, 3.28, 3.29, 3.30, 3.31, 4.1, 4.8 et 5.1, pour ce qui est des catégories de données mentionnées à l'article 4.7, alinéa 1^{er}, 7°;

8° les finalités prévues à l'article 3.12 en ce qui concerne le recrutement, la communication et le décompte des frais, pour ce qui est des catégories de données mentionnées à l'article 4.7, alinéa 1^{er}, 8°;

9° les finalités prévues aux articles 3.2 à 3.4 et 3.9 en ce qui concerne le recrutement, la communication et le décompte des frais ainsi que, le cas échéant, conformément aux conventions conclues avec le Gouvernement, pour ce qui est des catégories de données mentionnées à l'article 4.7, alinéa 1^{er}, 9°;

10° les finalités prévues aux articles 3.2 à 3.4 et 3.9 en ce qui concerne le recrutement, la communication et le décompte des frais, pour ce qui est des catégories de données mentionnées à l'article 4.7, alinéa 1^{er}, 10°;

11° les finalités prévues dans le titre 6 en ce qui concerne la gestion du personnel, pour ce qui est des catégories de données mentionnées à l'article 4.7, alinéa 1^{er}, 11°.

Le centre ne peut utiliser les données collectées à d'autres fins que celles mentionnées à l'alinéa 1^{er}. »

Art. 24 – L'article 4.10 du même décret est remplacé par ce qui suit :

« *Art. 4.10 – Utilisation de données pour établir des analyses et statistiques*

En principe, le centre recourt à des données anonymes et pseudonymisées pour établir des analyses et statistiques.

L'établissement d'analyses et de statistiques poursuit les finalités suivantes :

- 1° la promotion, au niveau communal, du développement, conformément à l'article 3.8;
- 2° la fourniture de conseils au Gouvernement et aux communes, conformément à l'article 3.9;
- 3° l'établissement d'expertises, conformément à l'article 3.9;
- 4° la planification stratégique et la gestion de la qualité conformément à l'article 3.2 et à l'article 5.1.

Si des données anonymes ne permettent pas d'établir les analyses et statistiques mentionnées à l'alinéa 1^{er}, le recours à des données pseudonymisées est autorisé.

Pour l'application de l'alinéa 3, le centre mentionne dans son registre des activités de traitement les raisons pour lesquelles le traitement de données anonymes ne permet pas d'établir les analyses et statistiques mentionnées à l'alinéa 1^{er}. »

Art. 25 – L'article 4.11 du même décret, remplacé par le décret du 28 juin 2021, est remplacé par ce qui suit :

« *Art. 4.11 – Obligation de secret et collaboration avec des tiers*

§ 1^{er} – Sans préjudice des dispositions relatives au secret professionnel partagé, les données à caractère personnel mentionnées à l'article 4.7 peuvent être transmises à des personnes ou organismes, pour autant que le centre soit tenu de les échanger sur la base du présent décret ou que les personnes ou organismes soient chargés d'une mission d'intérêt public par ou en vertu d'une loi, d'un décret ou d'une ordonnance, que cette transmission soit nécessaire à l'exécution de la mission d'intérêt public et que seules les données pertinentes pour cette mission soient transmises.

Dans ce cadre, le centre transmet, dans le respect du principe de minimisation des données :

1° aux partenaires dans le domaine de l'aide à la jeunesse et du service d'aide judiciaire à la jeunesse les données mentionnées à l'article 4.7, alinéa 1^{er}, 3° et 4°, pour les finalités mentionnées aux articles 3.1, 3.2, 3.18, 3.19 et 4.2, en vertu du décret du 13 novembre 2023 relatif à l'aide à la jeunesse et à la protection de la jeunesse;

2° au médecin ou à la mutualité de la personne concernée les données mentionnées à l'article 4.7, alinéa 1^{er}, 1°, a), b) et h), pour les finalités mentionnées aux articles 3.2 et 3.27;

3° aux médecins du centre les données mentionnées à l'article 4.7, alinéa 1^{er}, 3° à 5° et 6°, a), pour la finalité mentionnée aux articles 3.2 à 3.5 et 3.15;

4° aux personnes chargées de l'éducation les données mentionnées à l'article 4.7, alinéa 1^{er}, 3° et 4°, pour les finalités mentionnées aux articles 3.1 à 3.6 et 3.19;

5° à l'école concernée ou au ZAWM ainsi qu'aux enseignants/directeurs les données mentionnées à l'article 4.7, alinéa 1^{er}, 3°, 4° et 5°, pour les finalités mentionnées aux articles 3.2 à 3.6, 3.7, § 5, et 4.2;

6° au Ministère ou au Gouvernement de la Communauté germanophone les données mentionnées à l'article 4.7, alinéa 1^{er}, ainsi qu'à l'article 4.9, pour la finalité mentionnée aux articles 3.1, 3.2, 3.9,

3.12, 3.15, 3.20, 3.24, 3.27, 3.28 et 3.29 ainsi que dans l'arrêté du Gouvernement du 6 juin 2024 relatif aux maladies infectieuses à déclaration obligatoire;

7° aux instituts de recherche les données mentionnées à l'article 4.7, alinéa 1^{er}, 3° à 5°, sous forme pseudonymisée, pour les finalités mentionnées aux articles 3.2, 5.1 et 5.2;

8° aux autres partenaires dans le domaine du développement sain des enfants et des jeunes les données mentionnées à l'article 4.7, alinéa 1^{er}, 3° à 5°, pour les finalités mentionnées aux articles 3.1, 3.2 et 4.2;

9° au ministère public les données mentionnées à l'article 4.7, alinéa 1^{er}, 3° à 6°, pour la finalité mentionnée à l'article 3.18.

§ 2 – Sans préjudice des dispositions relatives au secret professionnel partagé et dans le cadre de la coopération avec les écoles, le ZAWM, d'autres administrations ou d'autres personnes morales, les personnes occupées par le centre peuvent divulguer des informations confidentielles si les conditions énumérées ci-après sont remplies simultanément :

1° le centre et les écoles, le ZAWM, les autres administrations ou les autres personnes morales concernés concluent des accords sur la manière de garantir la confidentialité des informations transmises;

2° la transmission des informations est nécessaire dans l'intérêt supérieur de l'enfant ou du jeune;

3° les informations transmises sont appropriées, utiles et proportionnées;

4° les enfants ou jeunes mineurs d'âge qui possèdent la capacité de jugement nécessaire, les personnes chargées de l'éducation de l'enfant ou du jeune mineur d'âge ou les jeunes majeurs, selon le cas, ont marqué leur accord avant cette transmission et sont immédiatement informés de cette transmission, à moins que cela soit contraire à l'intérêt de l'enfant ou du jeune. »

Art. 26 – L'article 4.12 du même décret, abrogé par le décret du 28 juin 2021, est rétabli dans la rédaction suivante :

« *Art. 4.12 – Durée de conservation des données*

Les données à caractère personnel définies à l'article 4.7, alinéa 1^{er}, 1° à 7°, sont conservées en tant que partie du dossier de suivi pendant dix ans au maximum à compter de la majorité de l'enfant ou du jeune ou – si le suivi de l'enfant ou du jeune se poursuit au-delà de sa majorité – à compter de la fin du suivi de l'enfant ou du jeune par le centre, et ce, sous une forme qui permet l'identification des personnes concernées.

Les données à caractère personnel définies à l'article 4.7, alinéa 1^{er}, 8°, sont conservées pendant dix ans au maximum à compter de la fin du contrat d'honoraires conclu avec le centre, et ce, sous une forme qui permet l'identification des personnes concernées.

Les données à caractère personnel définies à l'article 4.7, alinéa 1^{er}, 9°, sont conservées pendant dix ans au maximum à compter de la fin du contrat d'honoraires conclu avec le centre, et ce, sous une forme qui permet l'identification des personnes concernées.

Les données à caractère personnel définies à l'article 4.7, alinéa 1^{er}, 10°, sont conservées pendant dix ans au maximum à compter de la fin de l'activité exercée auprès du centre, et ce, sous une forme qui permet l'identification des personnes concernées.

Les données à caractère personnel définies à l'article 4.7, alinéa 1^{er}, 11°, sont conservées pendant cinq ans au maximum à compter de la fin de l'activité exercée auprès du centre, et ce, sous une forme qui permet l'identification des personnes concernées.

Les données à caractère personnel définies à l'article 4.8, §§ 1^{er} à 3, sont conservées au maximum jusqu'à la date à partir de laquelle l'enfant est soumis à l'obligation scolaire, et ce, sous une forme qui permet l'identification des personnes concernées.

Sans préjudice des dispositions relatives à l'archivage et de celles relatives à la qualité des soins de santé, les données à caractère personnel sont détruites au plus tard au terme des délais mentionnés aux alinéas 1^{er} à 6. »

Art. 27 – Dans le titre 4 du même décret, modifié par les décrets des 28 juin 2021 et 15 décembre 2021, le sous-titre 2 est complété par un article 4.13 rédigé comme suit :

« *Art. 4.13 – Mesures de sécurité*

Lors du traitement des données mentionnées aux articles 4.7 et 4.10, le centre veille à ce que des mesures de sécurité appropriées soient appliquées, dans le respect des critères mentionnés à l'article 32 du règlement général sur la protection des données.

Le centre veille à ce que les données traitées conformément à l'article 4.7 ne soient respectivement traitées que par les personnes chargées directement de la mise en œuvre de la mission correspondante. »

Art. 28 – À l'article 5.1 du même décret, les modifications suivantes sont apportées :

1° l'alinéa 1^{er} est complété par la phrase suivante : « Les coopérations menées avec les instituts de recherche permettent de développer et d'appliquer les méthodes les plus récentes. »;

2° l'alinéa 2 est complété par la phrase suivante : « Pour soutenir la gestion de la qualité et la planification stratégique, le centre recourt notamment à des analyses statistiques des données qu'il a collectées. »

Art. 29 – Dans l'article 5.2, 2°, le point-virgule est remplacé par un point et le 2° est complété par la phrase suivante : « Cela se fait notamment au moyen d'enquêtes. »

Art. 30 – Le présent arrêté entre en vigueur le jour de son adoption.

Eupen, le ...

Pour le Gouvernement de la Communauté germanophone,

Le Ministre-Président,
Ministre des Pouvoirs locaux, de l'Aménagement du territoire et des Finances

O. PAASCH

Le Ministre de l'Enseignement, de la Formation et de l'Emploi

J. FRANSSEN

